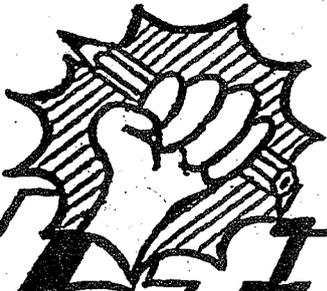


Preis: öS 8.- Mittwoch, 16. November 1988

TATblatt



MINUS-EINHUNDERT-NUMMER



HALLO

(ein Editorial)

Vieles an der letzten (und gleichzeitig) ersten TATblatt-Nummer hat uns mehr oder weniger mißfallen. Vieles davon wurde durch eure Kritiken und Anregungen verändert, verbessert. An vielem muß noch gearbeitet werden, und wird auch. Die vorliegende Minus-100-Nummer ist ein weiterer Schritt auf unserem Weg zum "normalen" zweitäglichen erscheinenden TATblatt. Unsere finanzielle Lage hat sich mit Erscheinen der Minus-101-Nummer zwar erheblich verbessert, jedoch langt es zur Gewährleistung der kontinuierlichen Erscheinungsweise der Minus-Nummern bei gleichzeitigem kostenintensiven Aufbau der Zweitagezeitung leider noch nicht. Hierbei sei der beiliegende Erlagschein ans Herz gelegt.

Alle die das TATblatt-Projekt durch Kauf eines "Bausteins" a S70.- unterstützen (siehe letzte Seite) erhalten ein halbes Jahr lang das TATblatt alle vierzehn Tage zugeschildt. (einfach beiliegenden Erlagschein benutzen, das Kästchen mit den Punktern hinterran ankreuzen, TATblatt-Baustein dazuschreiben und einzahlen...) Falls du das TATblatt bisher gratis zugeschildt bekommen hast, so beachte bitte, daß ab der Nummer Minus-98 nur mehr an zahlende LeserInnen verschickt wird!

An dieser Stelle soll auch wieder einmal betont werden, daß das TATblatt ein offenes Projekt sein soll: Schickt uns bitte Artikel, Informationen, LeserInnenbriefe und auch Meinungen zum Zweitagezeitungsprojekt. Und kommt auch zum großen

Herbst-Neu-Anfangs-Plenum: am Dienstag den 22. November um 19 Uhr im ROTSTILZCHEN; Wien 5, Margaretenstraße 99

(So ein Plenum hatten wir auch schon in der letzten Nummer angekündigt. Nachdem es aber infolge einiger Verzögerungen beim Druck der Zeitung viel zu spät angekündigt worden war, wurde es auf den neuen Termin verschoben.)

(siehe zu alledem bitte auch die letzte Seite)

Zum Schluß noch ein Hinweis:
WIR SIND ÜBERSIEDELT !!!
Unsere neue Anschrift lautet:
Margaretengürtel 122 - 124 (Stiege 1, Kellerlokal), 1050 Wien.
Telefon: 54 - 23 - 07

INHALT

Staatsgewalt:

Drei Türken in Schubhaft

Über die Realität österreichischer Asylpolitik
Seite 3

Die Repression verschärft sich

Vom "Fall Ali Sapan" und politischem Strafrecht
Seite 4

Nackte Tatsachen

Sprayerinnenprozeß in Linz
Seite 6

Herbststürme und verrufene Orte

Von einem Münchner §129a-Prozeß
Seite 7

Man kann ja auch nicht aufhören zu atmen

Brief von Ingrid Strobl
Seite 9

Hurricane verwüstet Nicaragua

Seite 12

1938-1988

Zum Novemberpogrom 1938
Seite 14

Serie:

Gentechnik

Teil 1: Perfekte Pflanzen
Seite 16

Antimilitarismus

Seite 19

Anti-Atom

Seite 20

Kurzmeldungen

Seite 22

Kein Impressum nicht

Seite 23

Auf den Kopf gestellt

Seite 24

Drei Türken in Schubhaft

- ÜBER DIE REALITÄT ÖSTERREICHISCHER ASYL POLITIK

(TATblatt)

Am 26. Oktober wird klammheimlich in Istanbul der Major Esat Oktay Yilidiran beerdigt. Seine Ermordung einige Tage zuvor in einem öffentlichen Linienbus ist dem türkischen Regime nicht gut genug für allzu viel Propaganda, war doch Yilidiran der bekannteste Folterknecht der Türkei, zahlreiche Foltertote gehen auf sein Konto.

Zusätzliche Informationen aus dem Urlaubsparadies Türkei:

Laut amnesty international sind 170 Häftlinge 1987 und fünf im ersten Halbjahr 1988 an den Folgen von Folterungen gestorben. Derzeit befinden sich wieder etwa 1000 der 5000 politischen Gefangenen im Hungerstreik gegen die unmenschlichen Haftbedingungen. Es ist zu befürchten, daß Gefangene an den Folgen des Hungerstreiks sterben werden, da dieser schon seit mehreren Wochen durchgeführt wird.

Diese Zustände in der Türkei sind der Hintergrund für die Flucht von Umit Güngör, Yusuf Bengisu und Bahattin Saglik nach Österreich. Alle drei waren als Mitglieder von "Devrimci Yol" (revolutionärer Weg) gegen die türkische Militärdiktatur und gegen die bis heute andauernde Unterdrückung aktiv.

Güngör wurde am 11. August von der Polizei verhaftet und fünf Tage lang zwecks Denunziation weiterer politisch Aktiver gefoltert. Um diese, insbesondere Bengisu und Saglik, auszuforschen, wurde er daraufhin enthaftet und unter Beschattung gestellt. Als die drei dies bemerkten entschlossen sie sich zur Flucht.

EMPFANG IM "ASYLLAND ÖSTERREICH"

In Österreich angekommen suchten sie am 5. Oktober durch ihren Rechtsanwalt um politisches Asyl an. Dieses Ansuchen wurde am 27. Oktober durch die Sicherheitsdirektion Wien "mangels Zuständigkeit" abgelehnt. Güngör, Bengisu und Saglik haben zwei folgenschwere "Fehler" begangen. Zum einen haben sie, da "sie keine feste Unterkunft haben, bei Freunden geschlafen" und "sich mangels Dokumenten nicht anmelden können", laut Sicherheitsdirektor Schwadwasser "erst gar nicht versucht, sich anzumelden." Da sich die "örtliche Zuständigkeit zur Entgegennahme des Antrags auf Asylgewährung nach dem Wohnsitz, in Ermangelung eines solchen nach dem Aufenthalt" richte, habe die Sicherheitsdirektion - so deren abstruse Argumentation - die Asylanträge nicht entgegennehmen können, und entsprechende Bescheide wären daher "rechtswidrig".

Nun haben sich die drei Türken sehr wohl um einen Aufenthalt und zwar um die Überstellung in das Flüchtlingslager Traiskirchen bemüht. Doch hierbei begingen sie einen weiteren "Fehler", sie haben die Hilfe eines Rechtsanwalts in Anspruch genommen. Durch diese "rechtsfreundliche Vertretung" sei nämlich "zweifelslos eine Beratung und damit verbundene "Beeinflussung" gegeben". Da die "Lagereinweisung" aber keinesfalls ein Recht des Asylwerbers, sondern ein solches der Behörde zum Zwecke der "unbeeinflussten Einvernahme" sei, bestehe daher auch für die Behörde "keine Veranlassung" zu einer Aufnahme in das Flüchtlingslager. Diese wird von Schwadwasser in kaum überbietbaren Zynismus zu

seinen obigen Ausführungen als "Bewegungsbeschränkung" bezeichnet.

Für eine Bewegungsbeschränkung bestand für die Polizei aber sehr wohl Veranlassung: Seit letzter Woche haben die drei einen Aufenthalt: Sie sitzen in Schubhaft. Es wäre eine Posse, wenn sie nicht mit derart schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen verbunden wäre.



In einem Europa, in welchem es nach den Ausführungen von A. Mock in Istanbul vor zwei Wochen nur mehr linke Diktaturen gäbe, wird ein Abschub der drei Türken schwerwiegendere Folgen haben, als die kurzfristige Verhaftung dreier Personen, unter ihnen Beate Klarsfeld, die A. Mock und unseren Bundespräsidenten bei seinem "Übernachtungswunsch" (Außenminister Yilmaz) in der Türkei begleiteten. Diese waren, wie Bilder in nicht-österreichischen Medien zu entnehmen war, von türkischen Zivilpolizisten brutal abgeführt worden. Den in Schubhaft befindlichen Umit Güngör, Yusuf Bengisu und Bahattin Saglik hingegen droht weitere Haft aber auch der Tod durch Folter oder Strafe.

Würde A. Mock die Informationen von amnesty international lesen, so wüßte er, daß es "in der Art der Verletzung der Menschenrechte in der Türkei im Verlauf der letzten fünf Jahre ziviler Regierung keine wirkliche Änderung gegeben hat." Und noch liegt die Türkei in Europa.

Anzumerken bleibt, daß der Kurde Ali Sapan (siehe TATblatt Nr. -101) mittlerweile in die BRD abgeschoben wurde, wo ihn auf Grund seiner angeblichen Mitgliedschaft in der PKK zusammen mit 16 weiteren Kurden eine Anklage nach dem Terrorismusparagrafen 129a erwartet.



Operation der türkischen Armee in einem kurdischen Dorf

Die Repression verschärft sich

(TATblatt)

DER FALL ALI SAPAN

Als Ali Sapan vorigen Dienstag die Grenze zur BRD passierte, lagen ihm langjährige Untersuchungshaft, ein Verfahren, das an "Fairness" nicht viel zu bieten hat und eine sehr unsichere Zukunft als anerkannter Konventionsflüchtling bevor. Für die BRD ist Ali Sapan ein guter Fang. Sie will sich für ihre Rüstungsindustrie den größten Brocken beim Bau eines von der NATO projektierten "Truppenübungsplatzes", in der Größe Belgiens im türkisch besetzten Teil Kurdistans sichern. Es ist immer gut, seinen Feind in schlechtes Licht zu stellen, dachten sich wohl die Herren in der Karlsruher Bundesanwaltschaft, und machten sich an das Zurechtzimmern eines geeigneten Strafverfahrens:

Die PKK, die Partei der Arbeit Kurdistans, die das NATO-Projekt und das faschistische Regime in Ankara seit 1984 bekämpft, soll eine "terroristische Vereinigung" sein, Ali Sapan ihr Mitglied.

Erstmals wurde eine nach § 129a (siehe Kasten) verfolgte Person von Österreich in die BRD abgeschoben, obwohl das gar nicht möglich sein sollte: Denn ausgeliefert kann nur werden, spricht das Gesetz, wer auch in Österreich wegen des gleichen Delikts vor Gericht gestellt werden könnte. Eine Auslieferung wegen "politischer Delikte" ist überhaupt nicht möglich. Und politische Delikte gibt es in Österreich, so möchte mensch meinen, genauso wenig wie den Paragraph 129a nach BRD-Muster. Möchte mensch eben meinen....

POLITISCHES STRAFRECHT

Gut und gern 17 verschiedene "politische Delikte" kennt das österreichische Strafgesetzbuch. Allesamt sind sie Relikte aus Monarchie, Austrofaschismus oder Nationalsozialismus, die in das Strafgesetzbuch des Jahres 1975 wahrlich "hinübergerettet" wurden.

Ein Beispiel:
§ 246 Staatsfeindliche Verbindungen

(1) Wer eine Verbindung gründet, deren, wenn auch nicht ausschließlicher, Zweck es ist, auf gesetzwidrige Weise die Unabhängigkeit, die in der Verfassung festgelegte Staatsform oder einer verfassungsmäßigen Einrichtung der Republik Österreich oder eines ihrer Bundesländer zu erschüttern, ist

mit Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.

(2) Ebenso ist zu bestrafen, wer sich in einer solchen Verbindung führend betätigt, für sie Mitglieder wirbt oder sie mit Geldmitteln oder sonst in erheblicher Weise unterstützt.

(3) Wer an einer solchen Verbindung sonst teilnimmt oder sie auf eine andere als die im Absatz zwei bezeichnete Weise unterstützt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr zu bestrafen.

Dieser Paragraph entspricht im Wesentlichen den § 129a der BRD. Er ist seit Bestehen des StGB unseres Wissens nach nicht angewandt worden. Auf jeden Fall gibt es keine Judikatur dazu.... Dennoch ist es interessant, sich mit ihm zu beschäftigen.

rechnen, auch damit "daß sich eine staatsfeindliche Verbindung nach außen hin legal tarnt, sich etwa nach dem Vereinsgesetz konstituiert und einen harmlosen Vereinszweck vielleicht nicht einmal nur vorschützt, sondern ihn auch, wenn auch nicht ausschließlich, tatsächlich verfolgt. Man denke zum Beispiel an einen Sportverein, der sich auch staatsfeindliche politische Ziele gesetzt hat. Aufgabe der Bestimmung ist es, "die durch kollektive Wühlarbeit besonders gefährdeten Rechtsgüter" zu schützen. "Die besondere Gefährlichkeit einer staatsfeindlichen Verbindung ist darin zu erblicken, daß es ein organisiertes Kollektiv ist, das in den Dienst der Erreichung des verpönten Zieles gestellt wird."

Damit ist doch ziemlich klar-gestellt, gegen wen sich dieser



Was bitte dachten sich jene Kommissionsmitglieder, die das StGB erarbeiteten, als sie den Paragraphen mit der Nummer 246 diskutierten?

Alle folgenden Zitate sind, wenn nicht anderes bezeichnet, den Erläuterungen der Regierungsvorlage vom Dezember 1971 entnommen.

Der § 246 findet "sein Vorbild in den §§ 4 und 5 des Staatsschutzgesetzes BGBl. Nr. 223/1936", also in einem Gesetz des Austrofaschismus, mit dem die politische Arbeit der demokratischen Gruppierungen, der Sozialdemokraten und Kommunisten bekämpft werden sollten. Ein Staat muß mit Allem

Paragraph richtet: Vornehmlich gegen Kollektive, deren Ziel die Änderung der politischen und sozialen Verhältnisse in diesem Land ist. Die fehlende Exaktheit von Begriffen wie "kollektive Wühlarbeit" wird da von den Beamtenhädeln der Bürokratie noch allemal wett gemacht. Der an der Auslieferung Ali Sapan's schuldige Justizminister Foregger hat am Entwurf des StGB mitgebastelt. Als Leiter der "Straflegislativ-Sektion", des Justizministeriums hat er das Gesetz kommentiert.

In dem Büchlein, das heute jeden RichterInnen Tisch ziert, ist nachzulesen, wie der österreichische Staat zu erschüttern ist:

"Erschütterung ist jede ernstliche Gefährdung der geschützten Güter. Bloße Propaganda reicht nicht aus; bedient sich die Propaganda aber gesetzwidriger Mittel, z.B. Verleumdung, Verrat von Staatsgeheimnissen oder Herabwürdigung des Staates oder seiner Symbole, so ist das Tatbild gegeben." Ein Mittel, eine Erschütterung des Staates herbeizuführen, wird ausdrücklich hervorgehoben: Gesetzwidrige Demonstrationen!!!

Und noch etwas fällt auf: Straftat sind nicht nur GründerInnen, führende Mitglieder oder Personen, die die Verbindung in erheblicher Weise (Werbung von Mitgliedern, Geldbeschaffung oder sonstige) unterstützen, sondern überhaupt alle, die irgendwie mit der angeblich staatsfeindlichen Verbindung zu tun haben.

In den Erläuterungen zur Regierungsvorlage wird klargestellt, "das geringfügige Unterstützungszahlungen, wie z.B. Die Bezahlung von Mitgliedsbeiträgen oder die Entrichtung bescheidener Spenden für einen Unterstützungsfonds für



die Angehörigen von in Haft befindlichen Mitgliedern der Verbindung nicht unter den vorgesehenen strengen Strafsatz (Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu fünf Jahren) fallen"; und damit auch gleich, daß sie unter den weniger strengen, ein Jahr Haft vorsehenden, fallen. Hat die Justiz erst einmal eine staatsfeindliche Verbindung konstruiert, so läßt sie niemanden aus.

Welche Folgen hätte das?

Da sich praktisch alle jemals mit der "staatsfeindlichen Verbindung" in Kontakt gekommene Personen direkt oder indirekt nach Absatz 3 strafbar gemacht haben oder haben könnten, wäre die Justiz verpflichtet, das gesamte politische und soziale Umfeld der "Mitglieder, UnterstützerInnen" etc. auszu-

§ 129a in der BRD

Mit der Schaffung des §129a im bundesdeutschen Strafgesetz wurde 1976 die Gründung, Mitgliedschaft in, Werbung für und Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung" mit Haftstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bedroht. Hervorgegangen ist dieser Paragraph aus dem deutschen Reichsstrafgesetzbuch des Jahres 1871, in dem der Bekämpfung der Sozialdemokratie besonderes Augenmerk geschenkt wurde. Nach dem Fall der sog. "Sozialistengesetze" 1890 blieb der §129 bestehen, da er sich, nach Meinung der Herrschenden lediglich gegen kriminelle, nicht jedoch gegen politisch tätige Menschen richtete. Aber sowohl nach der Zerschlagung der Münchner Räterepublik 1919 als auch nach dem NATO-Beitritt der BRD 1951 wurden Mitglieder der KPD (1956 verboten) als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung inhaftiert und verurteilt. Wurden politisch tätige Menschen zu Bismarcks Zeiten als organisierte Ganoven bezeichnet, so sind es heute Krawallmacher, Chaoten und Terroristen, die "mit aller Entschiedenheit bekämpft werden müssen." Widerstand gegen die Notstandsgesetzgebungsparagraphen im bundesdeutschen Grundgesetz (1968 eingeführt), gegen den Vietnamkrieg, aber auch die im Zuge der StudentInnenbewegung entstandenen militanten und antiimperialistischen Gruppen ließen sich nicht so ohne weiteres als kriminell abtun. Im Gleichschritt mit der staatlichen Propaganda erklärt der §129a politische Tätigkeit zwar nicht als kriminell, aber doch als "terroristisch". Obwohl bis jetzt nur 3% der nach §129a eingeleiteten Verfahren tatsächlich mit Verurteilungen endeten, birgt er dennoch große Gefahren für alle politisch engagierten Menschen: uneingeschränkte Post- und Telefonüberwachung, erweiterte Beschlagnahme- und Durchsuchungsbefugnisse, großangelegte Personen- und Identitätskontrollen, Sonderhaftbedingungen wie Isolationshaft,

leuchten. Hinter jedem neuen Namen, in Vereinsaufzeichnungen, Spendenlisten, Unterschriftenlisten o.ä. gefunden, könnte sich ein/e RechtsbrecherIn verbergen.

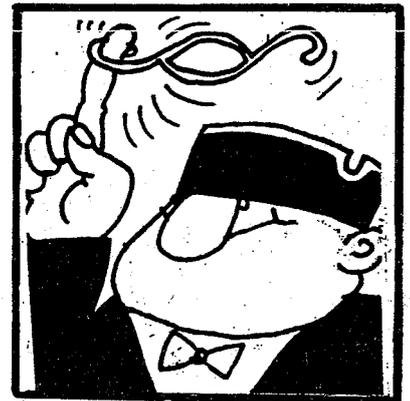
Folge: Ausgeweitetes Durchsuchungsrecht.

Jede(r) AnruferIn, jede(r) BriefeschreiberIn könnte UnterstützerIn sein.

Folge: Post- und Telefonüberwachung.

Wer's weiter wissen will, lese obigen Kasten zum § 129a in der BRD.

Einschränkung der sowieso kärglichen Verteidigungsrechte sind Teil der Verfahren nach §129a. Den besonderen politischen Charakter des §129a verrät die Strafgesetznovelle 1986: Infolge des starken Widerstandes gegen die Errichtung der WAA in Wackersdorf, militanter Großdemonstrationen und zahlreicher gefällter Strommaste wurde der §129a ausgebaut und bekam sogar ein Brüderchen, das differenzierte Auseinandersetzungen mit der politischen Realität in der BRD verunmöglichen soll: den §130a, der lediglich "staatspolitisch orientierte" Berichterstattung über



militanten Widerstand zulassen will. In der Folge wurden Zeitungen, die über den Widerstand gegen die WAA berichteten, regelmäßig beschlagnahmt. Neben der Erweiterung des "Tatbilds" auf Aktionen gegen Stromversorgungs-, Verkehrs- und Fernmeldeeinrichtungen sowie Baugeräte (allesamt Ziele der WAA-GegnerInnen) wurde die Strafandrohung auf ein bis zehn Jahre Haft verdoppelt! Seit 1.1.1987 ist es nunmehr möglich, den §129a auch gegen streikwillige E-Werksarbeiter einzusetzen....

PS: Bei sämtlichen "politischen Delikten" ist nicht zu bestrafen, wer freiwillig und bevor Verschulden bekannt wird, alles, was ihm/ihr von der Verbindung und ihren Plänen bekannt ist, der Behörde aufdeckt. Die "Kronzeugenregelung", die in der BRD von Bundesanwaltschaft, CDU, CSU, NPD und anderen faschistischen Gruppen gefordert wird, ist in Österreich, dank sozialdemokratischer Strafrechtsreform, längst gesetzlich festgeschrieben.

*) siehe dazu: "Beschlagnahmt... Geschichte der Zensur" gemeinsame Sondernummer von ATOM und RADI-AKTIV, Göttingen, Dezember 1986.

Sprayerinnenprozeß in Linz

in der nacht vom 15. - 16.7.1988 wurden in linz, während der frauensommeruni, drei frauen von der linzer polizei festgenommen. zur last gelegt wurde ihnen schwere sachbeschädigung unter androhung einer haftstrafe von 6 monaten, weil im zentrum von linz öffentliche gebäude mit folgenden parolen besprüht worden waren:

STOPP DER GENTECHNIK
UMERZIEHUNGSGELD FÜR RATZENBÖCK
RATZI DU GANGSTER BALD BIST DU
WEG VOM FENSTER
STOPP DER GENTECHNIK AUCH IN DER
CHEMIE LINZ
UMERZIEHUNG FÜR RATZENBÖCK

das vorgehen der polizei stellt sich wie folgt dar: eine der vermeintlichen täterinnen wurde bei der festnahme zu boden geworfen, zwei weitere frauen wurden von der polizei mit gezogener waffe und unter schießandrohung zum stehenbleiben gezwungen. die frauen wurden voneinander isoliert, unter verschärften bedingungen (kein mobilien in den zellen) in einzelhaft untergebracht und neun stunden festgehalten.

die wand gestellt worden', 'ihr gehört alle vergast', psychisch unter druck gesetzt.

die frauen verweigerten jegliche aussage und unterschrift. einer frau wurde wegen der aussageverweigerung mit der vorführung beim amtsarzt gedroht.

am 21. 10. 1988 hat in linz der prozeß stattgefunden. zu der verhandlung, die von vielen frauen gemeinsam vorbereitet wurde, kamen ca. 50 frauen aus verschiedenen städten, solidarisierten sich mit den angeklagten frauen und verhinderten dadurch die strategie der herrschenden, durch kriminalisierung zu vereinzeln und zu spalten, in weiterer folge den widerstand zu schwächen.

in der nacht vorher war das gericht mit parolen gegen kriminalisierung und männerjustiz besprüht worden.

die prozessstrategie war, einen politischen prozeß zu führen und zu den beschuldigungen selbst keinerlei aussagen zu machen. die

würde, daß sich widerstand und protest gegen herrschaft an der bürgerlichen rechtsprechung orientiert. gericht und staat sind nicht bevollmächtigt, über unseren widerstand und protest zu urteilen. ...die gerechtigkeit der gerichte ist die gerechtigkeit der herrschenden.*

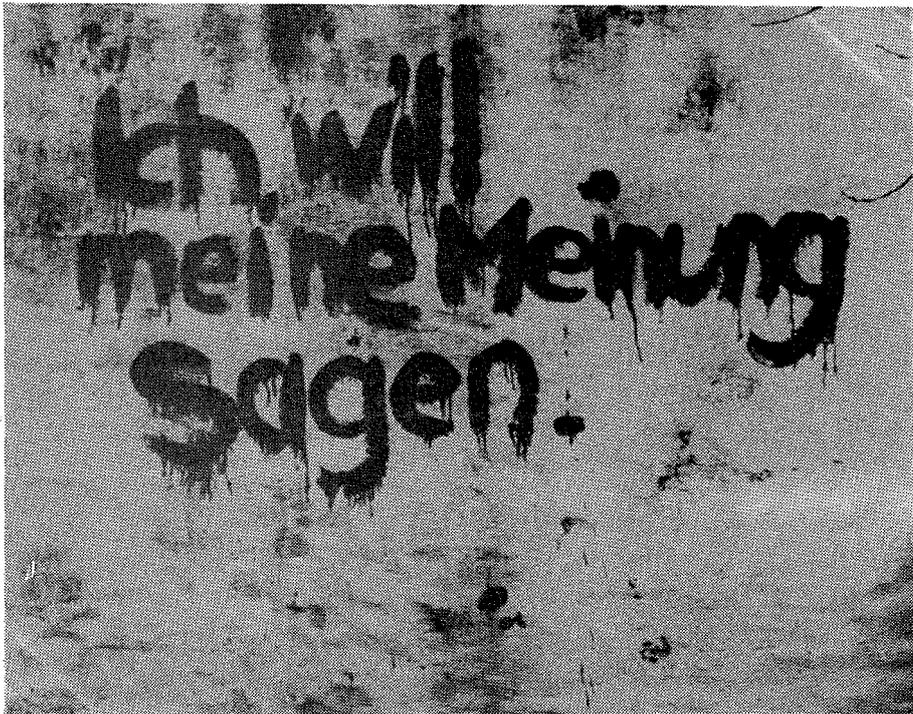
sie machten keine aussage vor gericht zu ihrer person und beantworteten keine fragen des richters. damit war die strategie erfolgreich, einen politischen prozeß zu führen, der 'die widersprüche der justiz, dem vollzugsorgan der kapitalistischen und patriarchalen institutionen staat, wirtschaft und kirche deutlich machte.*

die frauen setzten trotz mehrmaliger unterbrechung von seiten des richters das verlesen der prozeßerklärung durch und widersetzten sich den vorgeschriebenen 'ritualen', indem sie die anordnungen des richters nicht befolgten, sowohl sie, als auch das publikum standen bei der urteilsverkündung nicht auf.

im zusammenhang mit der aussageverweigerung erklärten die 'angeklagten': '...das ziel des gerichtes ist, die klassenverhältnisse zwischen der klasse der besitzlosen und der bourgeoise, das geschlechterverhältnis zwischen frauen und männern aufrechtzuerhalten ...das gericht geht seit an seite mit gentechnologen, bevölkerungsstrategen und ist stütze des lebensverachtenden und frauenfeindlichen systems ... das gericht stützt die beweisführung auf wackelige gutachten; windige zeugenaussagen und falsche bullenaussagen. um der sogenannten öffentlichkeit das gefühl von ordnung und sicherheit zu vermitteln, legalisiert das gericht die handlungen des bullenapparates ...das gericht hat als stütze des systems repressionsfunktion zu erfüllen.*

um diese tatsachen zu beweisen, führten sie einen indizienprozeß aufgrund der aktenlage und der zeugenaussagen.

der hauptbelastungszeuge, der laut aktenlage die beschuldigten als täterinnen eindeutig identifiziert hatte, erklärte vor gericht, daß er weder die verhaftung genau beobachten konnte, noch den 'täterinnen' gegenübergestellt wurde. somit wurde offensichtlich, daß die behauptung der bullen, es hätte eine gegenüberstellung gegeben, dazu diene, ihre brutale festnahme zu legitimieren.



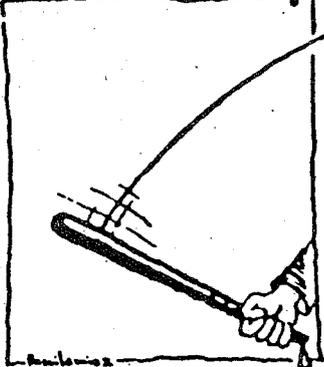
in dieser zeit mußten sich die verdächtigen einer leibesvisitation unterziehen und wurden ererkennungsdienstlich behandelt. wegen des erhobenen verdachts wurden sie einzelnen verhören unterzogen und mit äußerungen, wie 'unter hitler wärt ihr alle an

'angeklagten' begründeten dies damit, daß ein sich schuldig oder unschuldig bekennen eine distanzierung von der handlung bedeutet. 'in dem wir uns als im widerstand gegen jegliche herrschaft begreifen, kann es nicht um schuld oder unschuld gehen, weil dies heißen

der richter zweifelte nicht im geringsten die aussagen der bullen an. er stellte jedoch die aussagen des hauptbelastungszeugen in frage und versuchte ihn mit hinweisen auf seine vergangenheit unter druck zu setzen und zu demütigen. während seiner einvernahme blieben die zwei bullen auf geheiß des richters im verhandlungssaal. sie versuchten ständig, dem zeugen die antworten zu suggerieren. die rechtsanwältin versuchte dies durch ihr eingreifen zu unterbinden.

staatsanwalt, richter und zeugen bewiesen während des prozeßablaufes ihr beschränktes weiblichkeitsbild mit sexistischen äußerungen. der hauptbelastungszeuge erklärte, daß er die sprayenden personen aufgrund ihrer weiblichen bewegungen als frauen identifiziert. als nähere personenbeschreibung gab er an, daß die personen nicht dick waren. richter und zeuge waren sich andererseits wieder einig, daß, so wie die frauen im gerichtssaal ausschauen, man(n) nicht so einfach sagen könne, ob es männer oder frauen seien. zur entkräftung des indizes, die angeklagten frauen seien aufgrund ihres davonlaufens vor den bullen schuldig, führte die verteidigerin an, daß frauen aufgrund ihrer erfahrungen allen grund haben wegzulaufen, wenn neben ihnen quietschende autos stehenbleiben und männer herausspringen. während sie in der nacht unterwegs sind. richter und staatsanwalt war dies aufgrund ihrer männlichen lebensbedingungen nicht verständlich und sie ließen diese hinweise nicht gelten.

die Linie der Vernunft



im schlußplädoyer erklärte die anwältin unter anderem, daß das beweisergebnis nicht annähernd erbracht werden konnte. die schlußklärung der frauen bezog sich auf bevölkerungspolitik und gentechnologie, die derzeit mit massiver unterstützung des staates als DIE zukunftstechnologie forciert wird. 'gen-, bio- und reproduktionstechniken sind neue waffen der herrschenden, menschen, pflanzen und tiere an verheerende arbeits-, verseuchte umwelt- und profitorientierte produktionsbedingungen anzupassen

oder zu vernichten. die ideologie der gentechnologen, alle lebensäußerungen auf die beschaffenheit einzelner gene zurückzuführen, ist die fortsetzung faschistischer - rassenkunde und rassenhygiene mit verfeinerten methoden. gentechnologen und bevölkerungsstrategen planen heute wieder die massenmorde mit, diesmal im internationalen maßstab, indem menschen in der sogenannten '3.welt' durch 'zwangsterilisation, medizinische versuche und hungerpolitik vernichtet werden sollen. und das alles zur steigerung der profitraten in den chefetagen der sog. '1. welt'. auch hier experimentieren die gentechnologen an menschen in knästen, psychiatrien und kliniken, werden frauen zwangssterilisiert. gleichzeitig sollen die sogenannten 'brauchbaren' frauen kinder gebären. dies soll u.a. mit hilfe von erziehungsgeld, das - trotz protesten von frauen - in allen westlichen bundesländern eingeführt wurde, durchgesetzt werden. das erziehungsgeld ist neben einer bevölkerungspolitischen auch eine arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitische maßnahme, um frauen in die 'geordnete kleinfamilie' zu zwingen. diese 'ordnung' wollen sie auch durch die verankerung von ehe und familie in der verfassung durchsetzen. um diese ordnung durchzusetzen, wollen sie uns frauen züchtigen.*

der staatsanwalt forderte die verurteilung 'zu einer unbedingten geldstrafe in generalpräventiver hinsicht, da solche aktionen, auf diese art und weise, ich glaube da gibt es für vernünftige menschen andere wege programmatische äußerungen kundzutun, nicht von der menschheit und von den institutionen, die es in dieser republik gibt, geduldet werden kann.'

der richter verurteilte die angeklagten zu einer unbedingten geldstrafe (17.000,- sachsaden und 22.800,- strafe), bei uneinbringlichkeit zu je 60 tagen arrest. zur begründung des urteils stellte der richter fest: 'daß das gericht nicht hand in hand, wie vorgeworfen wurde in der programmatischen erklärung, mit den gentechnologen marschiert, beweist sich schon an der tatsache, daß die gentechnologen sie nicht verurteilen würden. daß vorwürfe, die gegen das gericht pauschal erhoben wurden, mich in keiner weise beeinflußt haben - ich sie auch nicht allzu ernst nehme - hat den unbeschreiblichen vorteil, daß meine objektivität in keinsten weise belastet war (gelächter der frauen). auch wenn diese gerichtsverhandlung teilweise zu einem forum einer demonstration gemacht oder erhoben wurdeberuht das urteil auf nackten tatsachen'. 'nackt ??', frage aus dem publikum. 'ja nackt, ganz nackt'

* zitate aus den prozeßerklärungen der angeklagten frauen.

MÜNCHEN: Der Prozeß um die "Zunfthaus"-Veranstaltung verläuft nicht geräuschlos: Breite Solidarität mit den Angeklagten bringt Bewegung in die Hauptstadt der Veranstaltungsverbote. Polizei stürmt "verrufenen Ort".

Am Dienstag den 8. November hat vor dem 3. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichtes in München der Prozeß gegen Janin und Wollli begonnen. Den beiden Angeklagten wird die "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" nach § 129a vorgeworfen. Der Tatvorwurf bezieht sich auf die Veranstaltung "Zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD" in der Müncher Gaststätte "Zunfthaus", die vor zwei Jahren, am 4. November 1986 von einem massiven Polizeiaufgebot gestürmt und verhindert wurde. Janin hat das Veranstaltungsort gemietet, gegen Wollli wird in der Anklageschrift angeführt, er habe in dem Saal ein Transparent mit der Forderung nach Freilassung des RAF-Gefangenen Günter Sonnenberg und nach Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand befestigt.

Sofort nach Eröffnung der Veranstaltung stürmten damals uniformierte und zivile Polizeibeamte den Saal und filmten alle Anwesenden ab. Alle umliegenden Straßen wurden abgeriegelt und von über 200 Menschen die Personalien festgestellt. Acht Leute, darunter Janin und Wollli, wurden festgenommen. Parallel dazu wurde Janins Wohnung vom Landeskriminalamt durchsucht. Gegen sie hatte Generalbundesanwalt Rebmann ein Untersuchungsverfahren wegen §129a, "Unterstützung der RAF" eingeleitet.

An der von der Bundesanwaltschaft vorbereiteten Aktion "Herbststurm" fanden auch der SPD-Oberbürgermeister Kronawitter und das Münchner Kreisverwaltungsreferat Geschmack. Seitdem gab es in München keine Veranstaltung der außerparlamentarischen und radikalen Linken, die nicht in einem Wechselspiel von Innenministerium, Kreisverwaltungsreferat, Bundesanwaltschaft und Polizei verboten, abgeräumt oder durch aberwitzige Auflagen behindert wurde.

Vor diesem Hintergrund hat sich in München eine verhältnismäßig breite Solidaritätsbewegung mit den Angeklagten des "Zunfthaus" - Prozesses entwickelt. Während der Verhandlungsdauer von etwa 3 - 4 Wochen wird es eine Reihe von Treffen und Aktionen geben, die Gegenöffentlichkeit zum Prozeß herstellen und das faktische Veranstaltungsverbot durchbrechen sollen. Von entscheidender Bedeutung wird dabei eine Veranstaltung sein, die am Montag, den 14. November, in der "Manege" stattfinden soll und für deren Durchsetzung

HERBSTSTÜRME UND VERRUFENE ORTE

(TATblatt)

sich über 50 Gruppen, Kollektivbetriebe, Anwaltsvereinigungen etc. einsetzen. Über diese Veranstaltung, auf der Pieter Bakker-Schutz, Angehörige von politischen Gefangenen, die Angeklagten selbst und Janins Verteidiger sowie C. Binswanger vom Schweizer Anti-Folterkomitee sprechen werden, kann das TATblatt erst in der nächsten Ausgabe berichten.

Inzwischen hat Münchens oberste Ordnungsbehörde, das Kreisverwaltungsreferat eine Reihe von Auflagen für die Veranstaltung genannt, die für die VeranstalterInnen in dieser Form unannehmbar sein dürften: Janin und Wolle, die beiden Angeklagten des Prozesses, sollen bei der Veranstaltung nicht zu Wort kommen dürfen, die VeranstalterInnen sollen sich "kooperationsbereit" zeigen, d.h. Personenkontrollen durch die Polizei ermöglichen. Außerdem fordert das KVR von den mitveranstaltenden Grünen eine "öffentliche Distanzierung" von den Zielen der RAF. Nicht genannt, gesagt und auf Transparenten veröffentlicht werden darf unter anderem ein Satz, den wir aus diesem Grund klar und deutlich hier hinschreiben: **"WIR SIND NICHT ALLE, ES FEHLEN DIE GEFANGENEN"**

Maulkorb auch für die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen, nach Aufhebung der Iso-Haft und nach Freilassung des RAF-Gefangenen Günter Sonnenberg, der nach dem polizeilichen Kopfschuß bei seiner Verhaftung aus medizinischer Sicht haftunfähig ist und dringend ärztlicher Hilfe bedarf, die er unter den Bedingungen der Isolationshaft nicht erhalten kann.

Mit diesen Auflagen und Zensurmaßnahmen bestätigt sich die Linie des Kreisverwaltungsreferats, Veranstaltungen nicht zu verbieten, aber durch Denk- und Sprechverbot unmöglich zu machen. Die Reaktion des Innenministeriums und der Polizei bleibt abzuwarten, es ist abzusehen, daß die Bundesanwaltschaft die Einrichtung sogenannter "Kontrollstellen" verfügen wird, die wegen Verdachts auf "terroristische Betätigung" die Personalienfeststellung und Durchsichtung sämtlicher VeranstaltungsbesucherInnen und PassantInnen ermöglichen soll, wie dies schon bei der kriminalisierten "Zunft-Haus"-Veranstaltung der Fall war.

PROZESSBEGINN IN MÜNCHEN - 129a VERFAHREN

Zum Prozeßbeginn am Dienstag, den 8. November versammelten sich mehr als hundert Menschen vor dem Gebäude des Oberlandesgerichts in der Schleißheimerstraße 139. In dem viel zu kleinen Verhandlungssaal fanden nur etwa 50 ZuhörerInnen Platz. Auch durch Personenkontrollen und Durchsichtigungen am Eingang des Saals ließen sich die aus zahlreichen Städten angereisten ProzeßbeobachterInnen nicht in ihrer guten und offensiven Laune stören. Dem Vorsitzenden der 5köpfigen Jury fiel von Anfang an nichts Bessers ein, als mit Räumung zu drohen. Ein entsprechender Antrag des Oberstaatsanwalts Vollmann, der sich durch Zwischenrufe und hartnäckiges Räuspern offensichtlich irritiert fühlte, wurde jedoch nach kurzer Beratung im Hinterzimmer abgelehnt. Vollmann, vom Typ des fleischigen Gefängnispfarrers in "Clockwork Orange", mußte sich während der kurzatmigen Verlesung der Anklageschrift eine kurze Sitzpause gönnen, bevor er mit einem tapferen "Es-geht-schon-wieder" in der Verurteilung der "verbrecherischen Ziele" der RAF fortfahren konnte, die Janin und Wolli mit der Anmietung des Veranstaltungslokals und durch die Befestigung eines Transparents unterstützt haben sollen. Diese Handlungen, so Vollmann, stellten im Hinblick auf die Gesinnung der Angeklagten die "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" nach § 129a dar.

Janin und Wolli gingen in ihren "Erklärungen zur Person" nicht auf diesen Vorwurf ein; sie versuchten, den Inhalt der verbotenen Veranstaltung, der durch den pauschalen Terrorismusvorwurf in den Hintergrund gedrängt wurde, zum Thema zu machen: Die Forderung nach Zusammenlegung der auf die Hochsicherheitstrakte der BRD und Westberlins verstreuten politischen Gefangenen. Eine Zusammenlegung in selbstbestimmte Gruppen soll dem staatlichen Programm der systematischen physischen und psychischen Vernichtung entgegenwirken, dem die Gefangenen in der Isolation unterworfen sind.

EIN VERSAUTES MITTAGESSEN AN EINEM "VERRUFENEN ORT"

Nach Ende der Verhandlung und Vertagung auf Donnerstag bildet sich vor dem OLG-Gebäude spontan ein demonstrativer Spaziergang zum Café Normal, wo die ProzeßbesucherInnen sich zum gemeinsamen Mittagessen treffen wollen. Der Demonstrationszug bleibt unbehelligt, obwohl er von Parolen,

einem Transparent und einem Häuflein Beamter der neu aufgestellten bayerischen Sondereinheit USK begleitet wird.

Kaum haben sich die Leute jedoch über ihr Mittagessen gemacht, wird das Lokal von der Polizei umstellt. Nach und nach fahren immer mehr Polizeibusse auf. Zivilbeamte und USK-Gruppen in Kampfanzügen drängen die Schaulustigen zurück. Aus der Gaststätte sind Parolen und Revolutionsgesänge zu hören. Unter den Protestrufern dr im "Normal" eingekesselten ProzeßbesucherInnen zerrt die Polizei die ersten KneipenbesucherInnen mit Schlägen und Tritten auf die Straße. Später stürmt die Polizei gegen den Widerstand der Kneipengäste das Lokal, zerstört Teile des Inventars und verletzt einige Leute. 93 Personen werden aus dem Lokal abgeführt und personalienüberprüft. Weitere 7 müssen wegen angeblichem "Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" den Nachmittag in Zellen des Polizeipräsidiums verbringen.

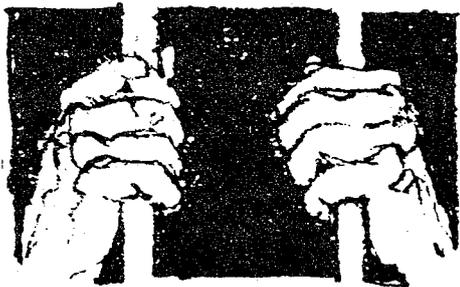
Mit der Begründung des Polizeieinsatzes tun sich die zuständigen Stellen offensichtlich schwer. Vor dem Café Normal erfahren eintreffende JournalistInnen, das Café sei ein "verrufener Ort", wer sich da hinbegebe, müsse mit so etwas rechnen. Anderen erzählt der Einsatzleiter, die unangemeldete Demonstration vom Gericht zum Mittagessen sei ein strafbarer Akt gewesen, es müßten nun die Namen und Anschriften potentieller Zeuginnen festgestellt werden. Münchens Kreisverwaltungsreferent Hans Peter Uhl (CSU) gab sich bei einer Anfrage der grünen Stadtratsfraktion überrascht. Er könne sich auch nicht vorstellen, daß "Münchner Bürger dergestalt von der Polizei beim Mittagessen gestört würden."

TERROR IM PROZESS

Am Donnerstag, 10. November, dem zweiten Verhandlungstag im "Zunft-Hausprozeß" hatte die Justizverwaltung die Lehre aus dem ersten Prozeßtag gezogen und dafür gesorgt, daß die kritische Öffentlichkeit nicht die Oberhand gewann: Der Verhandlungssaal im OLG-Gebäude war zu etwa gleichen Teilen mit Zivilbeamten und einer "Schulklasse" von GerichtsschreiberInnen-Lehrlingen besetzt worden. Es fanden nur etwa 15 ZuhörerInnen Platz, denen es untersagt wurde, sich mit den draußen wartenden Leuten abzuwechseln. Wieder unter dem Vorsitz von Richter Fichtner wurden 6 Zeuginnen interviewt, alle Beamte des Landeskriminalamtes, die

Stellungnahmen zu den bei der "Zunfthaus-Veranstaltung" beschlagnahmten Büchern und Broschüren abgaben. Die Fragen eines Rechtsanwaltes, ob auch der Besitz von Verteidigungsschriften von Rechtsanwältinnen in §129a-Verfahren als Werbung für eine terroristische Vereinigung angesehen werde, wurde von einem Zeugen bejaht.

Nach der Mittagspause kam es am Saaleingang zu einem Handgemenge, nachdem ein USK-Beamter einem Prozeßbesucher den Ellenbogen in den Rücken gerammt hatte und auf Anfrage weder Namen noch Dienstnummer verraten wollte. Ein Zuhörer wurde festgenommen und nach erkennungsdienstlicher Behandlung mehrere Stunden im Polizeipräsidium festgehalten.



Nach Wiedereröffnung der Verhandlung stellten die Anwälte einen Antrag auf Klärung dieser Vorfälle. Als der Vorsitzende Richter Fichtner in seiner Ablehnung des Antrags behauptete, von der Festnahme nichts zu wissen, wurde ihm aus dem ZuschauerInnenraum zugerufen: "Lügner!" Der Zwischenrufer begab sich nach Unterredung mit den Anwälten in den Zeugenstand, um den angedrohten Ausschluß der Öffentlichkeit zu verhindern. Während das Gericht im Hinterzimmer über die Angelegenheit beriet, wurde er ohne Begründung von Beamten in den Innenhof des Gebäudes verschleppt und durchsucht. Als das wiedereintretende Gericht auch diesmal von keiner Festnahme wissen wollte, kam es zu einem Tumult, der mit der Räumung des Saales durch USK-Beamte beantwortet wurde. Der Zwischenrufer wurde nach dem Ausschluß des Publikums zu 3 Tagen Ordnungshaft verurteilt und erst ins Präsidium und dann in den Stadelheimer Knast gebracht.

Vor leeren Stühlen spielte sich dann noch die Befragung der Wirtin und eines Kellners des Lokals "Zunfthaus" ab. Beide zogen im Wesentlichen ihre vor der Polizei angeblich gemachten Aussagen zurück. Die Wirtin hatte keine genaue Erinnerung an die Absprachen mit Janin, erinnerte sich jedoch daran, daß Janin ihr am Tag nach der verbotenen und aufgelösten Veranstaltung eine Entschädigung für den entgangenen Getränkeumsatz bezahlt habe.

MAN KANN JA AUCH NICHT AUFHÖREN ZU ATMEN

Seit nunmehr zwölf Monaten ist die österreichische Journalistin und Schriftstellerin Ingrid Strobl in München Stadelheim inhaftiert. Der engagierte Feministin wird vorgeworfen, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein. Trotz monatelanger staatspolizeilicher Überwachung konnten allerdings keine Hinweise auf illegale Tätigkeit festgestellt werden - einzig der Kauf eines Weckers bleibt als "Belastungsmaterial". Und selbst dies ist mehr als zweifelhaft. Denn erstens ist es nicht bewiesen, daß der von Ingrid Strobl gekaufte Wecker ident ist mit jenem, der bei einem Anschlag auf das Verwaltungsgebäude der Luft-hansa in Köln im Jahre 1986 verwendet wurde und zweitens hat Ingrid Strobl den Wecker nicht für sich, sondern für einen Bekannten gekauft.

Es ist offensichtlich, daß das Bundeskriminalamt nun den Namen jenes "Mister X" aus Ingrid Strobl herauspressen will und sie deshalb in Beugehaft festhält. Ulla Penselin, die gemeinsam mit Ingrid Strobl unter gleichem Vorwurf verhaftet wurde, mußte Anfang August aus der Haft entlassen werden, weil das vorgelegte "Beweismaterial" nicht ausreicht, Anklage zu erheben. Tatsächlich sollte mit den Verhaftungen von Ingrid Strobl und Ulla Penselin der Widerstand gegen Gen-technologie, Frauenunterdrückung und der Abschiebung von Flüchtlingen getroffen werden. Beide Frauen arbeiteten vor ihrer Verhaftungen journalistisch wie wissenschaftlich zu diesen Fragen - Themen die vom Bundeskriminalamt neuerdings als "anschlagsrelevant" und somit terrorverdächtig angesehen werden.

Man kann ja auch nicht aufhören zu atmen.

Brief von Ingrid Strobl, anlässlich einer Solidaritäts- und Informationsveranstaltung im Neuen Institutsgebäude der Universität Wien, 14.10.88

Ich habe mir lange überlegt, was ich euch erzählen könnte, das über das hinausgeht, was meine Freundinnen und meine Anwältin hier sagen werden. In den Briefen, die ich bekomme, taucht immer wieder eine Frage auf: Wie lebt man im

Knast, und wie hält man das aus? Ich denke, daß auch einige von euch diese Frage interessiert. Ich selbst finde diese Frage auch sehr wichtig, weil das Thema Knast bei vielen Leuten Tabu ist. Nicht das Thema Knast an sich, aber das ziemlich prosaische und gleichzeitig Angst auslösende Thema Alltag im Knast, Überleben im Knast. Die Horrurvorstellung, da fällt hinter dir die Tür ins Schloß, von außen rasselt der Schlüssel, und von diesem Moment an sitzt du in der Falle, dieser Alptraum ist wohl niemandem fremd, die und der sich einmal damit konfrontiert hat, daß sie oder er in diese Situation kommen könnte. Und dafür braucht es ja, wie wir wissen, manchmal nicht viel. Manchmal reicht es schon, daß mensch auf einer Demo in Reichweite der Bullen gestanden hat.

Knast, das heißt zuerst einmal abgeschnitten sein vom Leben. Du wirst aus deinem Alltag gerissen, aus deinen liebgewordenen kleinen Gewohnheiten ebenso wie aus deiner politischen Praxis. Dieser Aspekt wird dir Tag für Tag klarer und gewinnt Tag für Tag mehr an Gewicht. Das erste Gefühl aber, das dich in der Zelle überfällt, wenn der Alptraum Realität geworden ist und wirklich die Tür hinter dir ins Schloß fällt, das erste Gefühl, mit dem du in diesem Augenblick fertig werden mußt, ist die Angst zu ersticken. Meine Zelle ist exakt zweieinhalb Schritte breit und fünf Schritte lang, ich spreche hier nicht von Riesenschritten. Gehen kann ich nur die fünf Schritte in der Länge. Die Breite ist nur theoretisch da, denn sie ist durch das Mobiliar völlig verbaut. Schrank, Toilette, Waschbecken, Tisch, Stuhl - alles für sich genommen zu klein, gleichzeitig aber zu groß für den winzigen Raum.

IN diesem Raum, MIT diesem Raum wirst du nun Monate, wenn nicht länger, klar kommen müssen. An der Tür ist ein Guckloch, durch das sie dich jederzeit beobachten können. Alle paar Wochen kommen sie in die Zelle um alles von oben bis unten zu durchwühlen, deine Aufzeichnungen zu lesen, in deinen Sachen zu kramen. Intimität, das lernst du sehr schnell, kannst du abschreiben. Die gibt es nicht im Knast. Einsamkeit ja, aber keine Intimität. Du bist gleichzeitig total allein und ebenso total allen Zugriffen ausgesetzt.

Knast heißt für politische Gefangene in den meisten Fällen Isolationshaft. Isolationshaft heißt Folter. Heißt, daß du Tag für Tag, Nacht für Nacht, nur auf dich allein angewiesen bist. Du fängst an, das Sprechen zu verlieren, merkst bei Besuchen, daß dir die Worte fehlen, daß du deine Zeit brauchst, um ins Reden zu kommen. Alle deine Sinne werden auf Entzug gesetzt. Du kannst nicht nur mit niemandem sprechen, du kannst auch niemanden berühren, mit niemandem lachen, niemandem zuzwinkern. Die meisten politischen Gefangenen in der Bundesrepublik sitzen seit Jahren unter diesen Bedingungen. Sie haben sich trotz Isolation, trotz Hochsicherheitstrakt, trotz der weißen Folter nicht zerstören, ihre Identität nicht rauben lassen. Auch das gehört dazu, auch das ist wichtig zu wissen. Ich habe Glück gehabt. Ich kam nach drei Monaten Totalisolation in den sogenannten Normalvollzug, wobei das Wort "Normal" der blanke Zynismus ist. Im Knast ist nichts normal. Meine Situation ist eine Art Mischmasch zwischen Isolationsbedingungen und sogenanntem Normalvollzug. Meine Besucherinnen und Besucher, einschließlich der Anwälte, kann ich nur hinter Trennscheibe sehen. Das heißt, wir können uns nicht umarmen, nicht berühren, nicht fühlen. Neben mir sitzt eine Beamtin aus dem Knast, neben dem Besuch ein Bulle vom Landeskriminalamt, der jedes Wort

mitschreibt. Ein ernsthaftes offenes Gespräch ist unter diesen Bedingungen nicht möglich. Und wenn ich auch nur das Wort Bulle laut ausspreche, droht selbiger, den Besuch abzubrechen. Da es in Neudeck keinen Trennscheibenraum gibt, werde ich zu jedem Besuch nach Stadelheim, in den Männerknast, gekarrt. In Handschellen und im Konvoi: Ein Wagen mit schwer bewaffneten Spezialbullen vorne, einer mit mir drin in der Mitte, einer hinten. Dasselbe Rambotheater inszenieren sie auch, wenn ich zum Zahnarzt nach Stadelheim muß. Meine Anwälte darf ich freundlicher Weise ohne Zuhörer und Mitschreiber sehen, dafür wird meine Verteidigerpost überwacht, das heißt von einem eigenen Richter gelesen. Das Recht auf uneingeschränkte Verteidigung gilt nicht für politische Gefangene. Der sogenannte Normalvollzug innerhalb des Knastes sieht unter bayrischen, speziell Neudecker Verhältnissen, so aus: Wir Frauen haben nur zwei Stunden pro Tag Kontakt miteinander. Eine Stunde vormittags beim Hofgang, eine Stunde nachmittags beim Aufschluß, was heißt, daß wir uns auf unserem Flur "frei" bewegen können. Die Frauen aus den anderen Stockwerken sehen wir dann nicht. Den Rest der Zeit, also 22 Stunden pro Tag, sitze ich allein in der Zelle. Zweimal in der Woche könnte ich an den sogenannten Gemeinschaftsveranstaltungen teil-

nehmen. Die bestehen aus Bastelstunden und der Gesprächsstunde mit dem Pfarrer. Der Pfarrer ist ein aufrechter Bayer und spricht mit den gefangenen Frauen am liebsten über das Thema Heimat, über die heilige Dreifaltigkeit und über das Greuel der Abtreibung. Ich habe den Besuch dieser anregenden Gemeinschaftsveranstaltungen ziemlich schnell eingestellt:

Knast, das heißt vor allem auch Zensur. Die Gespräche mit den Besuchern werden mitgehört und zensuriert. Die Briefe werden gelesen und zensuriert. Aber nicht nur das. Das OLG Düsseldorf hat mir gedroht, wenn ich meine Korrespondenz nicht selbst einschränke, darf ich nur mehr noch drei Briefe à drei Seiten pro Woche schreiben. Das ist nicht nur ein Angriff auf meine ohnehin massiv reduzierten Kommunikationsmöglichkeiten. Das ist auch ein Versuch, Solidarität von außen abzuwürgen. Wenn ich auf die für mich sehr wichtigen Briefe von all den Leuten, die ich persönlich kenne, nicht mehr antworte, denke ich natürlich, es hat keinen Sinn, der zu schreiben. Aber inzwischen hat sich herumgesprochen, warum ich seit einiger Zeit gar nicht oder nur selten und mit Wochen Verspätung antworten kann. Der Versuch, mich den Menschen draußen zu entfremden, ist kläglich gescheitert.

PLAKATGRUPPE EIFFELSTRASSE

**Die moderne
Hexen-
verfolgung
endet in
Isolations-
haft**

...und beginnt bei Schönheitsidealen · frauenfeindlicher Werbung
Diskriminierung am Arbeitsplatz · §218 · Frauen als Sexobjekt
Verhinderung radikaler Kritik an bestehenden Verhältnissen

Freiheit für Ulla und Ingrid!

AHM 1 7

Die Zensur beschränkt sich aber nicht nur auf Besuche und Briefe. Bücher werden zensuriert. Zeitungen und Zeitschriften werden zensuriert. Ich bekomme keine "konkret" und keinen "Arbeiterkampf", in denen nicht mehrere Seiten fehlen. Immer wenn in der "taz" ein Loch ist, weiß ich, jetzt haben sie wieder über mich geschrieben. Es muß aber in den zensurierten Artikeln nicht einmal um mich gehen. Aus der August-"konkret" fehlten fünf Seiten, auf denen - Zitat: "die Tätigkeit von Strafverfolgungsorganen in entstellender und beleidigender Weise dargestellt und terroristische Straftaten gutgeheißen werden. Die Aushändigung derartigen Lesestoffes an die Angeschuldigte würde dem Zweck der Untersuchungshaft widersprechen."

Richtig: Zweck der Untersuchungshaft ist, die Angeschuldigte von jeglicher politischer Information fernzuhalten. Nach diesem Kriterium werden mir Briefe nicht ausgehändigt, in denen Leute über aktuelle politische Ereignisse schreiben und dabei mit ihrer Meinung nicht hinterm Berg halten. Nach diesem Kriterium werden mir bestimmte Bücher, die meisten Broschüren und grundsätzlich Flugblätter und Fotokopien gar nicht ausgehändigt. Neuerdings bekomme ich auch keine Originalausschnitte aus Zeitungen mehr. *Planziel:* Ich soll vertrocknen und verblöden.

Planziel: Ich soll nicht mehr fähig sein, politische Texte zu schreiben, die sich auf aktuelle Auseinandersetzungen beziehen.

Planziel: Ich soll vergessen, daß es draußen - und drinnen - Menschen gibt, die kämpfen und sich durch nichts davon abhalten lassen. Diese Kämpfe müssen nicht einmal in unserem Land stattfinden. Der neue Roman der baskischen Autorin Eva Forest wurde mir mit folgender Begründung verweigert: "Das oben bezeichnete Buch enthält einen umfangreichen Anhang, in dem Gewalt zur Durchsetzung politischer Forderungen propagiert wird." Eine Grenze für Feinlichkeiten gibt es dabei nicht. Selbst ein völlig harmloses Italienisch-Lehrbuch mit dem etwas provokanten Titel "Italienisch für Mollis und Müslis" wurde mit einer ähnlichen Begründung von mir ferngehalten. Wie sagt doch der italienische Volksmund so schön? - "Il vero terrorismo e quello dello stato."

Aber das Spielchen geht noch weiter. Neulich sollte ich den neuerschienenen Roman der nicaraguanischen Autorin Gioconda Belli rezensieren. Der Verlag schickte mir Fahnen - vergebens. Sie wurden mir nicht ausgehändigt mit der Begründung, eine Kontrolle sei zu arbeitsintensiv. Als hätte ein Verlag nichts anderes zu tun, als mir in Druckfahnen Kassiber einzuschmuggeln. Aber es geht ja in

Wirklichkeit nicht darum, das Schmuggeln von Kassibern zu verhindern, sondern darum, auch meine Arbeit als Journalistin unmöglich zu machen - und meine Arbeit als Buchautorin:

Ich habe hier im Knast unter nicht gerade besonders günstigen Bedingungen mein Buch über Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung geschrieben. Mit der hochgnädigen Erlaubnis sowohl der Bundesanwaltschaft als auch des Bundesgerichtshofes. Jetzt ist das Buch seit Wochen fertig, aber der hohe Senat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf, listig wie Odysseus, hat sich einen Weg ausgedacht, um das Erscheinen des Buches womöglich noch zu verhindern. Eine Freundin hat meine Originalmanuskripte ins Reine getippt, damit ich sie noch einmal in Ruhe überarbeiten und dann an den Verlag schicken kann. Das Buch kann nicht gedruckt werden, ehe ich das Manuskript noch einmal redigiert und auf Fehler durchgesehen habe. Das OLG aber weigert sich nun, sowohl meine Originale als auch die Reinschrift an mich zurückzugeben. Weil wiederum angeblich die Kontrolle der vielen Seiten zu viel Arbeit für die hohen Herren ist. Ich werde das nicht hinnehmen, wie den Versuch, mich politisch kaltzustellen.

Ich habe euch bisher nur von den negativen Aspekten erzählt. Von den Versuchen, einen fertig zu machen, von der Lebensfeindlichkeit und Isolation des Knasttags. Das reicht aber nicht, um etwas über das Überleben im Knast zu sagen. Die Kehrseite des Ganzen ist, daß deine Wut und deine Entschlossenheit täglich wachsen. Daß dein Bestehen auf Würde das Selbstmitleid und die Beschränkungen täglich besiegt. Daß sich die Solidarität nicht verhindern können. Daß sich unzählige Menschen durch keine Computererfassung, keine Bespitzelung und Überwachung davon abhalten lassen, mit mir solidarisch zu sein und vor allem, weiter und verstärkt an den sogenannten anstragsrelevanten Themen zu arbeiten.

Die Kehrseite zu den Versuchen, dich einzuschränken und zu zerstören, ist, daß du dich selber kennenlernst wie nie zuvor. Daß du deine eigene Fähigkeit entdeckst und Kraftreserven, von denen du gar nicht wußtest, daß du sie hast. Meine Freundinnen und Freunde lernen, mir von Demonstrationen und Hausbesetzungen so zu berichten, daß die Briefe nicht angehalten werden können. - Auch Ironie ist eine Waffe. Ich lerne, bürgerliche Zeitungen so zu lesen, daß ich verstehe, was wirklich passiert ist. Ich lerne, mein vorhandenes Wissen, meine politische Erfahrung, die Informationen, die ich seit langem gespeichert habe, zu mobilisieren, aus den hintersten Ge-

hirnecken hervorzuholen und mit dem zu kombinieren, was ich an neuen, verstümmelten Informationen bekomme.

Und ich lerne vor allem etwas, zu dem man draußen oft nur theoretisch gezwungen ist: Absolute Prioritäten zu setzen. Intensive Gespräche, heftige Diskussionen, fetzige Demos, ein gutes Essen, ein langer Spaziergang, ein Konzert - all das ist schön und wichtig. Viel wichtiger aber und unverzichtbar, sind die persönliche Integrität, die politische Identität. Wirklich unverzichtbar ist, daß du dir selber in die Augen schauen kannst. Daß du dich und deine politische Geschichte nicht verrätst. Daß du auch im Knast nicht aufhörst, politisch zu arbeiten und dich weiterzuentwickeln. Daran ist nichts Heroisches. Ganz im Gegenteil, das ist einfach ein elementares Bedürfnis. Man kann ja auch nicht aufhören zu atmen.

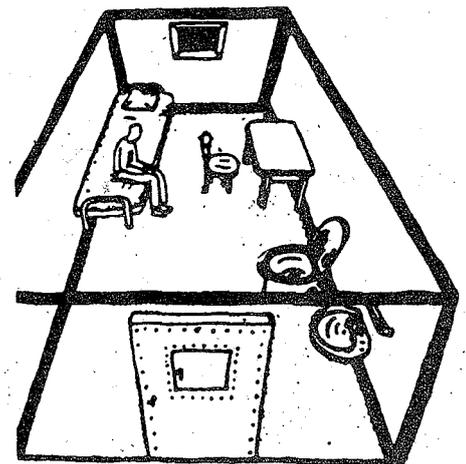
Und in ganz schwarzen Stunden, die es auch gibt, da hilft dann unerwartet der hohe Senat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf, in dem er meinen Sinn für Humor wieder aktiviert. Wenn er zum Beispiel einer Freundin, die mir in ihren Briefen parfümierte Watte mit-schickt, damit ich etwas zu schnuppen habe, folgendes mitteilt:

"Im übrigen wird der Absenderin angeraten, die jeder ihrer Postsendungen an die Angeschuldigte beigefügten, extrem stark parfümierten Wattestücke künftigen Postsendungen nicht mehr beizufügen, da die Kontrolle derartigen Postsendungen im Grunde unzumutbar ist."

Ingrid Strobl
München-Neudeck, 19.9.1988

Ingrid Strobl freut sich auf Briefe!!!

Ingrid Strobl
c/o 5. Strafsenat
Oberlandesgericht
Cäcilienallee 3
4000 Düsseldorf BRD





NICARAGUA

braucht unsere Solidarität



WIEDER

**NACH DER
BENÖTIGUNG
UNSERER**

Der Hurrikan
schen das Leben
noch vermißt,
und Gut. Ohne
Evakuierungs-
der Todesopfer
Die Naturkata-
amerikanische
einer Situation
finanzierten u.
wirtschaftliche
Nicaragua dar-
rung durch ein
tastrophe nich-
gend unsere S-

**WIEN
ÖSTERREICH**

- dem Hilfskomitee
den Daniel
tel für Soforthilfe
- im Bereich
einen längerfristigen
- sich öffentlich
USA einzusetzen

**BITTE BEZUG
KATASTROPHENHILFE**

Spendenkonto

**Koordinaten
Sozialministerium**

AUFBAU IN FRIEDEN

IRBELSTURMKATASTROPHE T NICARAGUA DRINGEND SOLIDARISCHE HILFE

N hat in Nicaragua an die 120 Men-
gekostet, über 100 Personen werden
als 200 000 Menschen verloren Haus
e umfassenden und äußerst effektiven
nahmen der Regierung wäre die Zahl
ch wesentlich höher gewesen.

he hat die Entwicklung des zentral-
ndes um Jahre zurückgeworfen: dies in
er Nicaragua durch den von den USA
lenkten Contra-Krieg in einer akuten
tsituation lebt.

ieser Situation der zweifachen Zerstö-
gressionskrieg und durch eine Naturka-
in gelassen werden. Es benötigt drin-
rität.

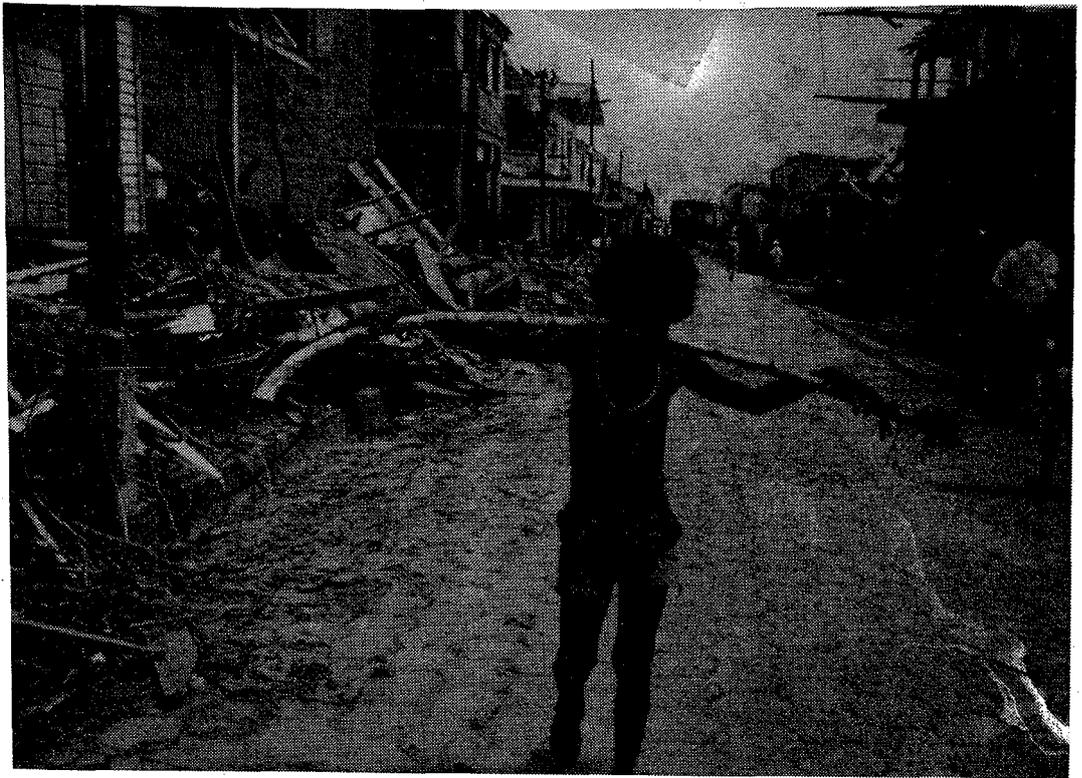
UFEN DESHALB DIE ICHE BUNDESREGIERUNG AUF,

*hen des nicaraguanischen Staatspräsi-
za zu entsprechen und umfassende Mit-
maßnahmen zur Verfügung zu stellen;
bilateralen Hilfe ausreichend Mittel für
Wiederaufbau bereitzustellen;
für ein Ende des Aggressionskrieges der*

BEILIGEN SIE SICH AN DER IENHILFE FÜR NICARAGUA!

o PSK 7115.912, Vermerk JOAN

rungsstelle der Österreichischen
itätsbewegung für Nicaragua



SOFORT!



HURRICAN VERWÜSTET NICARAGUA

(APIA, Managua, Ralf Leonhard)

Die ersten Aufnahmen von den zerstörten Orten sind schaurig beeindruckend:

Bluefields, eine Stadt mit 35.000 Einwohnern, ist nichts mehr als ein Haufen von Brettern und Wellblechstücken. Von sechstausend Häusern haben ganze sechs den Windböen von über 200 km/h standgehalten. El Rama ist völlig vom Rio Rama verschluckt worden, nur der Kirchturm und die Dächer der wenigen zweistöckigen Häuser ragen aus dem Wasser. Auf dem karibischen Touristenparadies Corn Island ragen nur mehr ein paar vereinzelt Kokospalmen in den Himmel, 70.000 Palmen sind entwurzelt worden. Daß es landesweit nur 50 Tote gegeben hat, scheint angesichts der apokalyptischen Zerstörungen wie ein Wunder. Die Organisatoren, vom Krisenstab der Regierung bis zu den Brigadisten an der Basis, haben fast übermenschliches geleistet. Umso zynischer erscheinen die Erklärungen aus Washington, wo das State Department fürchtete, daß <der Notstand zu Übergriffen mißbraucht werden könnte>, und wo Reagans Sprecher Marlin Fitzwater jede Hilfsleistung ausschloß, weil <die Sandinisten den Hurrican als Plattform gegen Reagans Politik und dessen Unterstützung für die "Freiheitskämpfer"> nützten.

<Den Schaden können wir noch nicht abschätzen, ich wüßte nicht, wie>, sagte Comandante William Ramirez,

der die Evakuierungsarbeiten in Bluefields geleitet hatte. Die Infrastruktur ist völlig zertrümmert, weil die Latrinen überflutet wurden ist das Wasser verseucht. Die Kokos- und Ölpalmenernte an der Atlantikküste ist zu 80 % am Boden. Die Reisfelder östlich des Nicaraguasees werden nicht tragen, die Auswirkungen auf die Viehwirtschaft sind noch ungewiß. Der Stress, dem die Rinder in der Sturmnacht ausgesetzt waren, wird noch Opfer fordern. An der Pazifikküste sind durch den Stromausfall 20.000 Hühner umgekommen. Agrarreformminister Jaime Wheelock erklärte, daß der Kaffee vorzeitig reifen würde und teilweise verloren gehe, weil die Zufahrtsstraßen unpassierbar sind. Die besten Kaffeegebenden in der Region Matagalpa/Jinotega sind derzeit noch von der Außenwelt abgeschnitten. Nicaragua braucht dringend 2500 Tonnen Reis und 5000 Tonnen Bohnen für eine neuerliche Aussaat, wenn man/frau den zweiten Erntezyklus noch nützen will. Alles, was an Vorräten vorhanden war, wird jetzt an die Obdachlosen verteilt. Schon jetzt konstatieren die Mediziner bei den meisten Schulkindern Mangelernährung. Wenn in den nächsten Monaten nicht anhaltend geholfen wird, droht dem von Krieg und Wirtschaftsboykott ausgebluteten Land eine Hungersnot.

bot den NS-Machhabern einen willkommenen Anlaß zur Durchführung und Legitimierung der geplanten Ausschaltung der JüdInnen aus dem deutschen Wirtschaftsleben. Goebbels brüstete sich noch Jahre später, er habe das Problem des "jüdischen Einflusses" auf die deutsche Wirtschaft "innerhalb von 24 Stunden durch die Mobilisierung der Straße beseitigt".



1938 — 1988

AUSSTELLUNG: DER NOVEMBERPOGROM 1938
DIE "REICHSKRISTALLNACHT" IN WIEN

Am 7. November 1938 ermordete der 17jährige Herschel Grynszpan in Paris den deutschen Diplomaten Ernst von Rath. Das Tatmotiv: Verzweiflung über die brutale Verfolgung der Polnischen JüdInnen in Deutschland, von der auch Grynszpans Familie betroffen war.

Reichspropagandaminister Joseph Goebbels initiierte daraufhin in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 einen reichsweiten, gegen die jüdische Bevölkerung gerichteten Pogrom als "spontane" Vergeltungsmaßnahme des deutschen Volkes. Das Attentat Grynszpans

Bereits am 12. November 1938 gab Hermann Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan die "Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben" bekannt und auferlegte den deutschen Juden eine "Sühneleistung" von einer Milliarde Reichsmark sowie die Verpflichtung, für die während des Pogroms aufgetretenen Schäden aufzukommen.

In Wien wurden im Verlauf des Pogroms, der keinesfalls wie der verharmlosende Begriff "Reichskristallnacht" impliziert, nur eine Nacht, sondern mehrere Tage dauerte, 42 Synagogen und jüdische Gebethäuser in Brand gesteckt und verwüstet. Tausende jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden - so sie nicht in den Monaten vorher "arisiert", d.h. ihren rechtmäßigen Besitzern geraubt worden waren - geplündert, zerstört, und beschlagnahmt. 6547 JüdInnen aus Wien nahm man in Haft, 3700 von ihnen kamen in das KZ Dachau.

Die Verfolgung der österreichischen JüdInnen hatte bereits in den Anschlußtagen eingesetzt: Die berüchtigten Reibpartien gehörten zum Alltagsbild der Stadt, jüdische BürgerInnen wurden gedemütigt, mißhandelt, ihres Eigentums beraubt und zum Selbstmord getrieben.

Der Novemberpogrom - von der Staats- und Parteiführung angeordnet, von der NSDAP und ihren Gliederungen bzw. den Mitläufern des Regimes mit "Engagement" und vielfach zum persönlichen Nutzen ausgeführt - zeigte der jüdischen Bevölkerung drastisch, daß für sie nicht einmal mehr rudimentäre Reste bürgerlicher Rechte galten.

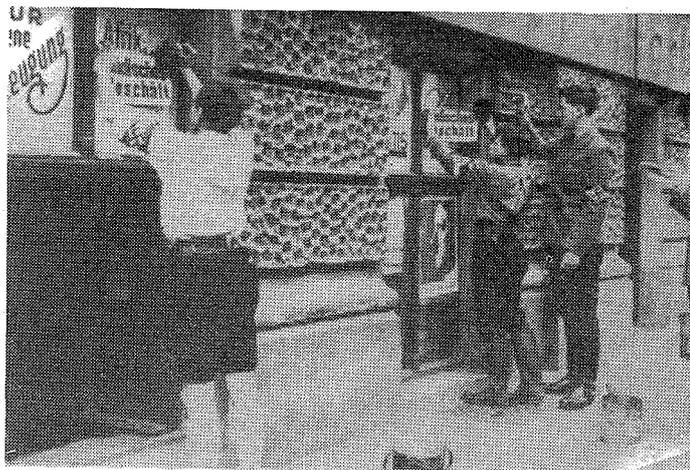
Fünzig Jahre nach dem "Anschluß" Österreichs und dem Novemberpogrom ist die Verfolgung und Ermordung der österreichischen JüdInnen während der NS-Zeit nach wie vor ein emotionsbeladenes Thema.

Die nationalsozialistische JüdInnenverfolgung ist unter der Beteiligung von ÖsterreicherInnen geschehen, sie ist daher ein Teil unserer Geschichte. Wir können Geschichte nicht "bewältigen" im Sinne von ungeschehen machen. Wir müssen uns jedoch damit auseinandersetzen und das an den JüdInnen begangene Unrecht anerkennen; und zwar nicht weil wir das den Opfern des NS-Regimes schuldig sind, sondern auch um zu verhindern, daß Antisemitismus, Herrenmenschendünkel und Rassenwahn erneut um sich greifen.

Die Ausstellung "Novemberprogrom 1938 - Reichskristallnacht'in Wien" gliedert sich in neun Abschnitte: Die Wiener JüdInnen vor 1938 bzw. Antisemitismus vor 1938, der Anschluß, die Situation der Wiener JüdInnen vom Anschluß bis zum Novemberpogrom, Arisierung, der Fall Herschel Gryszpan, das Novemberpogrom, antisemitische Propaganda des NS-Regimes am Beispiel der Ausstellung 'der ewige Jude', Emigration und Vernichtung der Wiener JüdInnen. Die Ausstellung ist bewußt sachlich und dokumentarisch gestaltet. Es werden Fotos, Originaldokumente (Originalfilmmaterial), Zeitungen, Plakate etc. gezeigt. Auf Inszenierungseffekte wurde verzichtet, die ausgewählten Dokumente, Fotos, etc. sprechen eine klare Sprache. In einem für die Ausstellung gestalteten Videofilm werden ZeugInnen des Pogroms zu Wort kommen.

Historisches Museum der Stadt
Wien

Karlsplatz
10.11.1988 bis 29.1.1989
täglich außer Montag 9.00-16.30



APROPOS VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG:

EIN GEDICHT VON WERNER HERBST
(ERSCHIENEN IM FREIBORD NR.63) BRINGT DIE
ÖSTERREICHISCHE FORM DES GEDENKENS AUF
DEN PUNKT:

DIE SCHWEIGEMINUTE

so betroffen sein
so irrsinnig betroffen sein
so, betroffen halt
so irgendwie halt
irgendwie halt betroffen sein
also gedenken
irgendwie halt
irgendwie halt gedenken
daher so nachdenken
und gedenken
so für sich hin halt so irgendwie
so dazwischen
so: daß keine gräben aufgerissen
werden
so im gleichschritt
so im gleichschritt gedenken
so gemeinsames hochamt so
feierstunde
mit sinfonie oder blasmusik oder
negerlied
so irgendwie
so das trennende so im
gleichschritt
die gräben die was ja nicht da
sind bekanntlich
also das was nicht da ist wird so
überwunden
so irgendwie das geht aber
echt schwer
lieber halt durch schweigen
gedenken
eine schweigeminute halt
so dem nichtstun
ein nichtstun entgegensetzen
aber ganz würdig

GENTECHNIK

1. TEIL: PERFEKTE PFLANZEN ?

(L.A./Diell/Del)

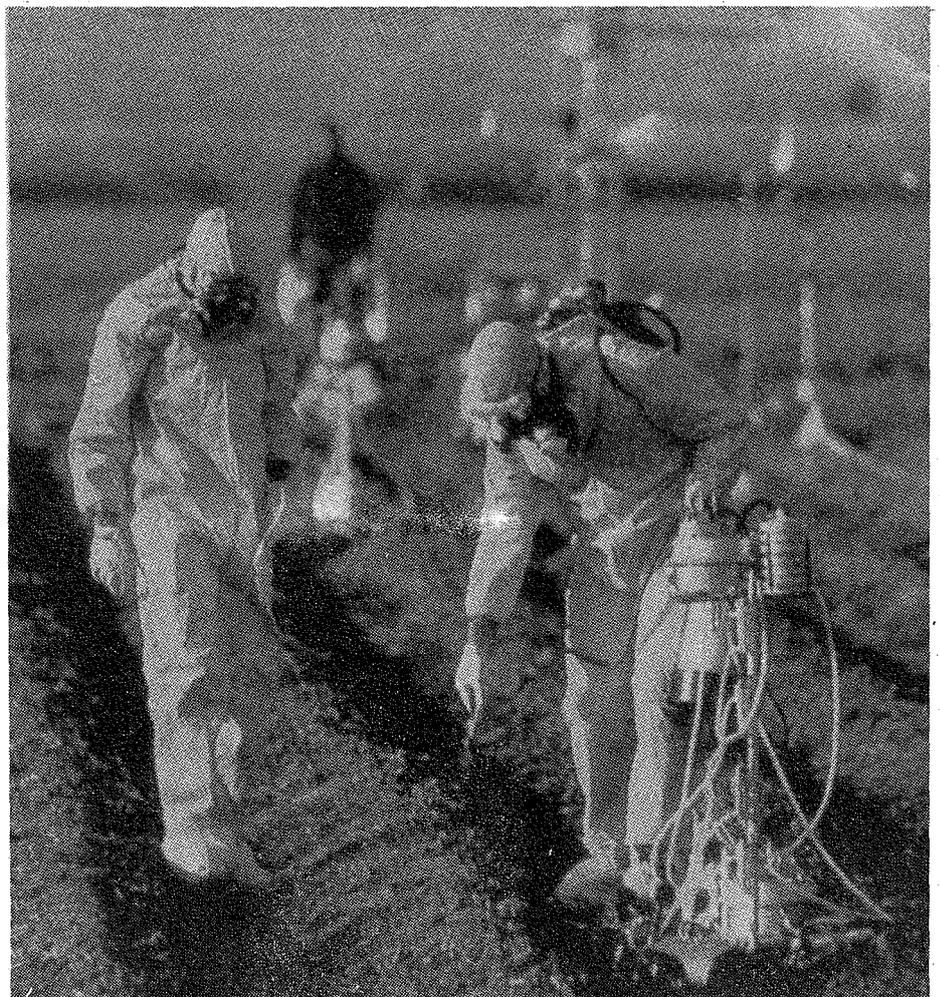
Die belgische Firma Plant Genetic Systems (PGS) hat im Juni 88 das nach eigenen Worten "ehrgeizigste Programm" zur Verbreitung genetisch veränderter Pflanzen begonnen. Bis 1991 sollen in 12 Feldversuchen in 5 Ländern der EG und den USA Nutzpflanzen getestet werden, die gegen zur Unkrautvernichtung eingesetzte Pflanzenschutzmittel resistent sind.

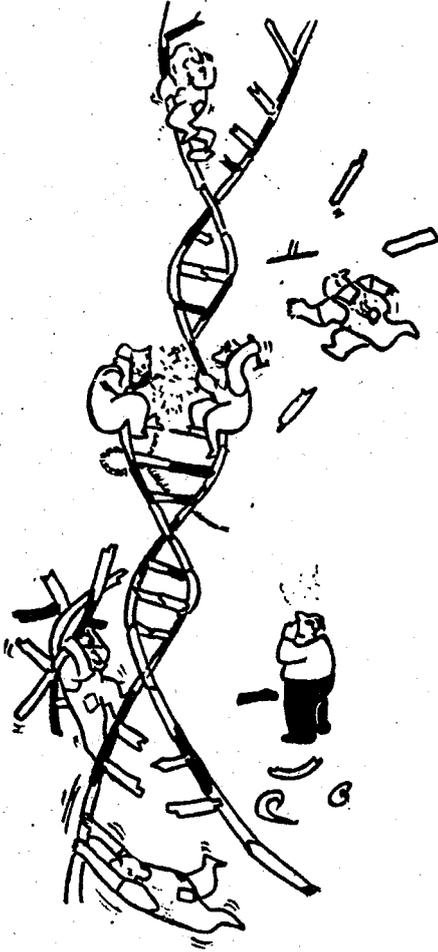
Das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) weist warnend darauf hin, daß, sollte das Programm erfolgreich verlaufen, in Zukunft stärkere Gifte zur Schädlingsbekämpfung eingesetzt werden könnten. Einem Bericht der PAN zufolge wachsen in Belgien bereits Kartoffeln und Kleepflanzen, die gegen das Herbizid "BASTA" der Firma Hoechst resistent sind. In Frankreich testet PGS in Zusammenarbeit mit öffentlichen Agrarforschungsinstituten genetisch manipulierte Kartoffel, Tabak und Raps, in Großbritannien wird mit Kartoffeln experimentiert. Ebenso in Spanien sollen "BASTA"-resistente Kartoffeln und Tomaten angepflanzt werden, die zudem infolge einer Veränderung der Erbsubstanz ein Gift gegen Insekten produzieren. Auch im US-Bundesstaat North Carolina sind Versuche mit manipulierten Tabakpflanzen vorgesehen.

In der BRD ist in der geplanten Abwasserordnung eine thermische und chemische Behandlung zur Zerstörung genetisch veränderter Nukleinsäuren nicht verpflichtend vorgesehen. Die manipulierten Zellkernbausteine, die u.a. bei der künftigen Insulin-Produktion anfallen, können demnach lediglich mit chemischen Desinfektionsmitteln behandelt und in die Kläranlagen abgelassen werden. Obwohl aus Laborversuchen bekannt ist, daß freie Nukleinsäuren von Mikroorganismen aufgenommen werden, somit das Erbgut verändern und auch beim Menschen Erbschäden verursachen können, hat das Bundesministerium für Umwelt dem Druck der chemischen Industrie - vor allem der Firma Hoechst - nachgegeben. Das Bundesministerium hat wieder einmal ein offenes Ohr für die wirtschaftlichen Interessen und Beschwichtigungsversuche der chemischen Industrie und schlägt die Warnungen des Instituts für Wasser-, Boden- und Lufthygiene in den Wind.

Anstatt zwei Pflanzen, die über günstige Erbanlagen (beispielsweise Kälteunempfindlichkeit oder schnelles Wachstum) verfügen, miteinander zu kreuzen und es dem Zufall zu überlassen, ob die positive Eigenschaft sich in der Tochtergeneration tatsächlich durchsetzt, sind nun Wissenschaftler in der Lage, Pflanzen ganz gezielt zu manipulieren. In einem komplizierten Verfahren wird ein Genträger, ein TI-Plasmid, in die gewünschte Erbinformation eingeschleust (siehe Kasten). Einfacher und effizienter als die Manipulation an den Pflanzen selbst ist die Veränderung der Erbsubstanz von Zellkulturen. Ebenfalls durch die genannte Genföhre Plasmid wird ein fremdes Stück Erbgut eingesetzt: Aus einer Zellkultur lassen sich praktisch unbeschränkt viele genetisch völlig idente Pflanzen ziehen.

Derzeit arbeiten WissenschaftlerInnen vorrangig an der Entwicklung von herbizidresistenten Pflanzen. Herbizide sind Pflanzengifte, die allerdings auf verschiedene Arten unterschiedlich wirken, und dadurch als Unkrautvernichtungsmittel eingesetzt werden können. Während z.B. Mais eine Chemiedusche mit Atrazin unbeschadet übersteht, geht das Unkraut, aber auch andere Nutzpflanzen zugrunde. Ein(e) Bauer/Bäuerin kann auf den so behandelten Feld im nächsten Jahr z.B. keine Sojabohnen anbauen. Die Folge sind jahre- oder jahrzehntelange störanfällige Monokulturen, die den Boden völlig auslaugen. Wird nun das Resistenzgen gegen Atrazin, über das der Mais verfügt, isoliert und in andere Pflanzen eingebaut, so können diese wie der Mais auf dem atrazinverseuchten Feld angebaut werden. Allerdings ist zu befürch-





ten, daß durch diese "Erleichterung" der Herbizidverbrauch sprunghaft steigen wird und vorrangig besonders gefährliche Breitbandherbizide zum Einsatz kommen. Da der Boden weitläufig verseucht ist und das Gift sich auch im Grundwasser anreichert ist die Existenz von Wildkräutern massiv bedroht. Immer geringer wird die Möglichkeit, andere als resistente Pflanzen anzubauen - die Chemiekonzerne machen das große Geschäft und verkaufen Herbizide und das dagegen resistente Saatgut im Paket. Die Erwartung einer rapiden Absatzsteigerung ist wohl der Grund, weshalb auf diesem Sektor so intensiv geforscht wird.

Die Entwicklung von Nutzpflanzen, die besonders widerstandsfähig gegenüber Krankheiten und Schädlingen sind, ist das Ziel eines anderen Forschungsbereichs. Natürliche Abwehrmechanismen einer Pflanzensorte sollen auf gentechnischen Weg in andere Arten eingebaut werden. So verfügen manche Pflanzen über einen natürlichen Schutz gegen Pilzbefall - ein Enzym namens Chitinase - das isoliert und als Erbsubstanz auf andere Pflanzen übertragen werden könnte.

Das erscheint nun auf den ersten Blick als ökologisch sinnvoll: Zwar lassen sich auf diese Weise

Pflanzen züchten, die sich auf "natürliche" Weise gegen Schädlinge wehren können, doch die Auswirkungen auf das vom Menschen nur ansatzweise durchschaubare komplexe ökologische System sind nicht absehbar. Als wahrscheinlich ist anzunehmen, daß sich die manipulierten Gen-Monster sowohl auf den Markt als auch in der Natur durchsetzen und sich - von der Nachfrage und ihrer eigenen Widerstandsfähigkeit unterstützt - praktisch schrankenlos verbreiten. Die Artenvielfalt ist gleich auf zweierlei Weise bedroht: Zum einen werden weltweit beispielsweise nur noch einige wenige besonders geeignete Getreidesorten angebaut, die über weitgehend idente Erbanlagen verfügen. Zum anderen sind Wildpflanzen durch die erweiterten Anbaumöglichkeiten und die größere Resistenz der Nutzpflanzen gefährdet. Mit der Artenvielfalt vermindert sich jedoch auch das genetische Potential, das uns heute noch als unerschöpflich erscheinende Reservoir an verschiedenen Erbanlagen, das die Voraussetzung für die Anpassungsfähigkeit des menschlichen, tierischen und pflanzlichen Leben bildet. Eine genetisch gleichgeschaltete Monokultur ist neuen Manipulation nicht gerechnet werden.

Ein weiteres "Spielfeld" der Gentechnik ist das "Klonieren" von Pflanzen und Tieren, d.h. die Züchtung genetisch identier Pflanzen und Tiere. Bei den Pflanzen geschieht dies relativ einfach mittels Zellkulturen (s.o.), bei Tieren müssen hingegen komplizierte Eingriffe vorgenommen werden. So wird "in vitro", d.h. im

Reagenzglas z.B. eine Eizelle einer Kuh mit dem Samen eines Zuchtbullen befruchtet. Der befruchteten Eizelle wird der Zellkern (in dem die Erbinformationen gespeichert sind) herausgeschnitten und dieser mehrfach geteilt. Dies ist im Anfangsstadium vergleichsweise einfach möglich, ohne daß die Erbanlage geschädigt wird. Das Ergebnis: Einige völlig gleiche Zellkerne, die nun in Eizellen anderer Kühe, aus denen zuvor der eigene Zellkern entfernt worden ist, eingebaut. Die nun wieder vollständigen, befruchteten Eizellen werden nun in verschiedene Kühe eingesetzt, die in der Folge genetisch idente Kälber gebären. Je nach Wunsch des Menschen entstehen auf diese Weise künstliche Vierlinge, Fünflinge, Achtlinge etc. Diese Praktiken finden z. T. heute schon Anwendung, allerdings noch im beschränkten Ausmaß.

Sollte das Klonen von Tieren gebräuchlich werden, so ergibt sich dieselbe Problematik wie vorher bei den genetisch manipulierten Pflanzen schon angeführt: Eine fortschreitende Verringerung des Potentials an Erbinformationen und die daraus resultierenden Konsequenzen.

Die Überlegungen, was mit Hilfe der Gentechnologie alles möglich wäre, haben schon zu Horrorvisionen von Mensch-Tier-Chimären, überdimensionalen Insekten oder anderen Ungeheuern geführt. Doch diese trotz allem unrealistischen Vorstellungen lenken die Besorgnis in die falsche Richtung. Denn Besorgnis ist zwar gerechtfertigt - doch gefährlicher als ein "größter



anzunehmender Unfall" der Gentechnologie sind die weniger Schädlingen quasi wehrlos ausgeliefert, die Pflanze hat ihre evolutionäre Anpassungsfähigkeit mit der Gleichheit der Erbinformationen verloren. Die Problematik ähnelt der Störanfälligkeit von Monokulturen: Eine Nutzpflanze die über weite Flächen angebaut wird ist leicht das Opfer eines Virus oder eines Schädlings, beim großflächigen Anbau einer genetisch weitgehend identen Nutzpflanzensorte - z.B. einer besonders kalteunempfindlichen Getreidesorte - potenziert sich die Gefahr.

Ein weiterer Anwendungsbereich der Gentechnologie in der Landwirtschaft sind genetisch manipulierte Mikroben. Im April 1987 wurden auf einem Erdbeerfeld in Kalifornien manipulierte Bakterien, die Pflanzen gegen Frost unempfindlich machen, freigesetzt. Andere bisher gezüchtete Mikroben produzieren Toxine und greifen dadurch spezifische Schädlinge an. Damit stünde der Landwirtschaft ein hochwirksames Insektizid zu Verfügung. Der Haken: Die Wirkung ließe sich nicht auf ein Areal begrenzen, das Virus könnte sich schrankenlos vermehren und unter Umständen mutieren - im schlimmsten Fall griffe es andere Insekten an als vorgesehen.

Derzeit finden erst vereinzelt Freiluftversuche statt, zumeist von den BetreiberInnen penibel kontrolliert und unter besonderen Vorsichtsmaßnahmen. Denn gerade in diesem Anfangsstadium würden auch kleinere Unfälle der Kritik an solchen Praktiken Nahrung geben und eventuell sogar zu einem einstweiligen Verbot führen. Doch selbst wenn nach jahrelangen Versuchen nichts schief gegangen sein sollte, so ist das noch lange kein Beweis für die Ungefährlichkeit der genetischen Manipulation an Pflanzen und Mikroben. Denn einmal für die breite Verwendung freigegeben und außerhalb der künstlichen Laboratmosphäre angewandt, sind diese Praktiken nicht mehr kontrollierbar. Unter dem Konkurrenzdruck des freien Marktes kann mit einem gewissenhaften Umgang der BetreiberInnen mit den Möglichkeiten der Genespektakulären, längerfristigen Auswirkungen, die absehbar sind und die nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Besorgniserregend ist die Gentechnik nicht nur, wenn sich ein Unfall ereignen sollte, sondern auch und gerade wenn alles nach Plan gehen sollte.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit neuen Technologien (nicht nur der Gentechnologie) würde eine Wissenschaft voraussetzen, die ökologische und soziale Auswirkungen berücksichtigt und die Konsequenzen neuer Entwicklungen mitreflektiert. Doch Forschung und industrielle Anwendung gehen Hand in Hand, wirtschaftliche Nutzungsinteressen bestimmen wesentlich

Ziel und Intensität der Forschung und nicht zuletzt auch deren Anwendung. Technologieabschätzung ist nicht mehr als kleingeschriebenes Schlagwort, mit dem Kritiker ruhig gestellt werden sollen.

Um für Genmanipulation an Pflanzen und Tieren Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen, wird häufig von WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und VertreterInnen der chem. Industrie das Argument ins Treffen geführt, der Hunger der "dritten Welt" ließe sich nur durch rapide Produktionssteigerung lösen. Angesichts der Tatsache, daß die Lösung des Ernährungsproblems nicht an zu niedrigen Kapazitäten, sondern vielmehr als Resultat der Ausbeutung der "Entwicklungsländer" durch die Industriestaaten, ist dieses Argument mehr als zynisch. Es drängt sich die Frage auf, ob die fortschreitende Industrialisierung der Landwirtschaft die Gegensätze nicht eher noch verstärken wird. Denn profitieren von diesen Entwicklungen werden hauptsächlich die Chemiekonzerne, die über entsprechende Patente verfügen und ein Monopol auf manipuliertes Saatgut aufstellen, sowie jene Industriefarmen, die sich die kostenintensiven Produkte der Gen-Firmen leisten können.

Um mittels der Gentechnologie das Welternährungsproblem lösen zu können, müßten die Konzerne das Saatgut den "Entwicklungsländern" gratis überlassen - diese Vorstellung ist nicht einmal utopisch,

BAUERN VORSICHT!
BIOTECHNOLOGISCHE
MITTEL GEHÖREN
NICHT IN KINDERHAND!



sie ist schon idiotisch utopisch. Wirtschaft und Industrie in den Industrienationen sind nicht im geringsten daran interessiert, der Abhängigkeit der "dritten Welt" gegenzusteuern; sie sind primär an einer Absatzsteigerung interessiert.

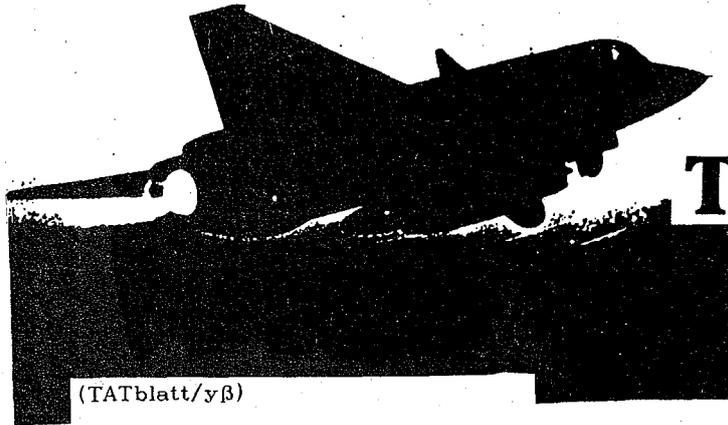
Genetisch manipuliertes Saatgut, patentierte Pflanzen und Tiere, genetisch erzeugte Medikamente und nicht zuletzt die Entzifferung der menschlichen Erbanlagen mittels Genanalyse..... ein ungeheurer Markt tut sich auf!

Nächste Folge: Die Veränderung der DNA, die Gefährten "escherichia coli", Onkogene und Retroviren; genetische Manipulation an

Tieren und die genetische Herstellung und Entwicklung neuer Medikamente.

DIE PATENTIERTE SUPERSAU





abfangjäger

Thalerländische Folgen

Repression rollt voll an

(TATblatt/yß)

Im Zuge der Widerstandsaktionen gegen Abfangjäger während des vergangenen Sommers entstand bei vielen AktivistInnen der Eindruck besonnener Zurückhaltung seitens der Exekutive. Diese Einschätzung, die mitunter zu leichtsinnigem Verhalten ermunterte, erweist sich immer mehr als folgenschwerer Fehler.

Bei den meisten Aktionen im Juni und Juli begnügte sich die Gendarmerie mit der Aufnahme der Personalien. Was damals nach Happy-End aussah bildet heute die Grundlage für repressives Vorgehen der Behörden. (vgl. hierzu kleine Widerstandschronik in "Gewaltfreier Widerstand" 3/88)

Gegen etwa 10 RollbahnbesetzerInnen und zirka 40 TeilnehmerInnen eines Go-In-Happenings am Flughafengelände wurden Verwaltungsstrafen in der Höhe von je S 3000.- bzw S 4000.- verhängt. Zudem soll gegen alle Strafverfahren wegen Sachbeschädigung und Gefährdung der Flugsicherheit eingeleitet werden, was zusammen mehr als zehn Jahre Gefängnis pro Person bedeuten könnte.

Zwei von sieben AktivistInnen, die Ende Juli in der Nähe des Flughafens festgenommen wurden, erhielten Verwaltungsstrafen in der Höhe von S 3000.- bzw S 5000.- (damals wurden acht Leute mit Hilfe von Gummiknütteln und Fußtritt festgenommen, nachdem sie mehrere Stunden lang einen Draken von einem öffentlichen Feldweg außerhalb des Flughafengeländes aus beobachtet hatten. Bei anschließenden Verhören wurde geprügelt und gedroht. Den vorläufigen Abschluß bildete eine erkenntnisdienliche Behandlung. Für die kommenden Nächte wurde der gezielte Einsatz von Schußwaffen gegen beim Flughafenzaun herumstreichende AktivistInnen angekündigt.)

Bislang zwei AktivistInnen bzw deren Eltern wurden überraschend von der Kriminalpolizei "besucht". Ihnen wurden Fotos zur "Personenfeststellung" vorgelegt. Die Eltern zweier weiterer AktivistInnen wurden zum selben Zweck in Kommissariate vorgeladen.

Im August wurden zwei Anti-Abfangjäger-Sprayer auf frischer Tat ertappt und verhaftet. Einer

der beiden verriet eine weitere Sprayerin und belastet sie voll, woraufhin sie noch am selben Abend in einem Grazer Beisl verhaftet wurde. Der Kronzeuge wurde nach drei Tagen aus der U-Haft entlassen, die beiden anderen erst nach 16 Tagen. Bei einem Prozeß am 26. September wurden sie zu

Geldstrafen in der Höhe von S 5400.- bzw S 4500.- (der Petzer) verurteilt, gegen Einen wurde zusätzlich noch 5 Monate bedingte Haft ausgesprochen. Alle zusammen mußten darüberhinaus für den Schadenersatz und die Verfahrenskosten aufkommen.

Zivildienst-Trümmerhaufen

(arge zd/sv/gf; TATblatt/yß)

Große Verschlechterungen brachte die Zivildienstgesetzes (ZDG)-Novelle 1988, die am 20. Oktober im Nationalrat beschlossen wurde. Der Zivildienst wurde noch stärker in die umfassende Landesverteidigung (ULV) eingebunden, die Zivildienstrechte wurden beschnitten, das Grundrecht auf Wehrdienstverweigerung weiter eingeschränkt. Die mit der ZDG-Novelle geschaffene Situation unterscheidet sich nur geringfügig von jener vor der Einführung des ZDG im Jahre 1974. Bis dahin mußte waffenloser Dienst im Bundesheer abgeleistet werden.

Die bedeutendsten Verschlechterungen:

- *verstärkte Eingliederung in die ULV
- die möglichen Dienstleistungen werden trotz Protestes zahlreicher gestrichener Trägerorganisationen auf solche im Rahmen der ULV eingeschränkt.
- Aufteilung des 8-monatigen ZDs in 6 Monate Grundzivildienst und 60 Tage ZD-Übungen (bis zum 50. Lebensjahr). Diese ZD-Übungen können auch als "integrierende Übungen", zB gemeinsam mit dem Bundesheer stattfinden.
- außerordentlicher ZD (entspricht dem außerordentlichen Präsenzdienst) kann auch im ordentlichen ZD stattfinden.
- zusätzliche Strafbestimmungen für Verweigerung des obligaten ZD-Grundlehrganges (Ausbildung für den außerordentlichen ZD)
- Die Regelung der Einschulung in die Einrichtung erfolgt fortan

durch Verordnung des Innenministeriums.

- *Verschlechterung der Rechte der Zivildienner
- Feststellung "mangelhafter Eigenschaft" durch das Innenministerium, dadurch leichtere Möglichkeiten für Versetzung
- Möglichkeit der Kasernierung
- Verminderung des Quartiergeldes
- Verlängerung der zumutbaren Fahrzeit zur Einrichtung
- Verminderung des Kostgeldes
- zwingende Vertretung durch einen (kompetenzlosen) Vertrauensmann
- Immunität der Primärarreststrafen und Verkürzung des Instanzenzuges bei Verwaltungsstrafen
- Erhöhung der Geldstrafen auf das Vierfache.

- *Einschränkung des Grundrechts auf Befreiung von der Wehrpflicht
- unter bestimmten Voraussetzungen wird die Einberufung zum Präsenzdienst während des laufenden ZD-Anerkennungsverfahrens rechtlich unanfechtbar
- die bei der Gewissensprüfung tätige Vertrauensperson des ZD-Antragstellers ist nicht mehr außerordentliches Mitglied der Zivildienstkommission.

Die Beschlußfassung des ZDG im Nationalrat war für einige in der ZuschauerInnengalerie anwesende Antimilitaristi eine Zugrabetragung des ZD am "Friedhof der Demokratie" (Presseaussendungstext der ARGE ZD/SV/GF). Sie "kondolierten mit Blumenspenden", was heißt: sie warfen im Knopfloch steckende Blumen in den Sitzungssaal. Die Galerie wurde geräumt.



AKW & DEMOKRATIE

(TATblatt/gr)

Am 4. und 5. November fand in Wien der 2. Kongreß der "Europäischen Initiative für direkte Demokratie" gemeinsam mit Anti-Atom-International statt. VertreterInnen von Anti-AKW- und Umweltschutzgruppen sowie von Initiativen für direkte Demokratie aus 7 Ländern Ost- und Westeuropas fordern in einer abschließenden Resolution, daß in allen Ländern Europas über alle lebenswichtigen Fragen, wie die der Atomkraft, ausschließlich die BürgerInnen selbst entscheiden sollen. Zur Erreichung dieses Zieles soll die Vernetzung basisdemokratisch orientierter Initiativen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit intensiviert werden. Einige grundlegende Fragen zur Problematik des Instruments Volksabstimmung blieben ungeklärt. So etwa die Ausnützung von Volksabstimmungen, um demokratiefeindliche Forderungen durchzusetzen. Hierzu wurde lediglich festgestellt, daß menschenrechtsverletzende Forderungen nicht zur Abstimmung gebracht werden dürfen.

Es folgt...

Am 19. Oktober präsentierten die Gemeinde Wien und das österreichische Ökologie-Institut eine erste detailliertere Studie über das AKW Temelin. Das TATblatt interviewte dazu Peter Bossew, Mitarbeiter des Öko-Institutes und Co-Autor der Studie.

TATblatt: Ihr seid die ersten, die sich näher - und kritisch - mit dem AKW Temelin auseinandergesetzt haben. Was erscheint Dir als das wichtigste Ergebnis Eurer Studie?

Bossew: Wir haben uns vor allem auf die technische Bestandsaufnahme und die Sicherheitsprobleme beschränkt. Es handelt sich bei Temelin um einen der größten AKW-Komplexe, den es in Mitteleuropa gibt, bzw. geben wird - etwa in der Größenordnung von Cattenom - und zwar von Kraftwerken mit Druckwasserreaktoren. Und die sind mit allen Problemen behaftet, die diese Art von Kraftwerke eben haben.

Die Erfahrungen, die man im Westen damit gemacht hat - und wohl auch im Osten, nur ist es da

Temelin

nicht ganz so leicht, Material zu kriegen - zeigen, daß da eben ein sogenanntes "Restrisiko" bleibt. Und das Restrisiko aufzuzeigen, daß dem Kraftwerkstyp zueigen ist, darum ist es uns gegangen.

TATblatt: Im Vergleich mit ähnlichen westlichen Reaktoren schaut Temelin gar nicht so schlecht aus?

Bossew: Dieser Kraftwerkstyp WWER-1000 ist in der sowjetischen und DDR-Literatur recht gut dokumentiert - weniger in der tschechoslowakischen interessanterweise. Und wenn man sich das anschaut, würde ich sagen, die Risiken, die einem Druckwasserreaktor zueigen sind, haben eine bestimmte Größe, und was bei Temelin an eventuellen Sicherheitsmängeln noch dazukommt, ist im Vergleich dazu nicht mehr sehr viel.

TATblatt: Was sind das für Sicherheitsmängel?

Bossew: Das sind so Dinge, wie ein verdächtiger Hang zum Einsparen von Baumaterial und ähnlichem. Oder das die Rückhalteeinrichtungen für Aerosole, die im Normalbetrieb emittiert werden, nicht besonders gut ausgelegt sind. Das, was aus einem Atomkraftwerk im bestimmungsgemäßen Betrieb herauskommt, ist natürlich nicht sehr viel, aber es ist eine radioaktive Belastung. Und die Frage ist, wie schätzt man dieses Strahlenrisiko ein, und da ist man in der CSSR etwas großzügiger als bei uns.

TATblatt: Ihr stellt in Eurer Studie einen ganz konkreten Bezug zu Österreich her, zum einen durch die vermutlichen Lieferungen durch die VÖEST (*2). Was läßt sich darüber denn sagen? Konkret ist darüber ja nichts bekannt.

Bossew: Ich kenne nur die Absichtserklärung der VÖEST, das zu tun. Und wir wissen auch, daß die

VÖEST - zumindest nach ihrer Selbstdarstellung - abgesehen vom Brennstoff ganze Atomkraftwerke liefern könnte. Ganz so wird es zwar nicht sein, aber was sie genau liefern, weiß ich nicht.

TATblatt: Der zweite Österreich-Bezug liegt in der geplanten Verknüpfung der beiden Stromnetze durch eine 380kV-Leitung, die in die Nähe des Kraftwerks führen soll. Welche Interessen verfolgen da beide Seiten?

Bossew: Es ist nicht ganz klar, in welchem Umfang die CSSR Temelin energiewirtschaftlich braucht. Der Versuch, ihre Wirtschaft und vor allem ihren Lebensstandard zu verbessern, geht von der gleichen Überlegung aus, wie bei uns in den 60er und 70er Jahren: immer mehr Energie hineinzubuttern in der

Denkpause

10 Jahre nach Zwentendorf:
Denkpause vorerst nur bei den
AtomgegnerInnen



(TATblatt/gr)

Der zehnte Jahrestag der Atom-Volksabstimmung am 5. November war wirklich kein Grund zum Feiern. Die ständig wachsende Bedrohung durch grenznahe Atomanlagen, die nach wie vor indifferente Haltung der Bundesregierung in dieser Frage, die Lieferungen von Kraftwerksteilen durch die Verstaatlichte Industrie usw. sind lange bekannt. Trotzdem scheint das Thema Atomkraft in Österreich immer weniger aktuell zu sein. Die Schuld dafür liegt nach Ansicht der österreichischen AtomgegnerInnen nicht zuletzt darin, daß die heimischen Medien wenig bis gar kein Interesse an Themen wie dem tschechoslowakischen Atomprogramm haben. Medienwirksame Aktionen sind in der CSSR eben kaum möglich. Aber gerade das tschechoslowakische Atomprogramm, konkret der Bau des Reaktorblocks in Temelin, soll nun

neuer Hauptangriffspunkt der Anti-Atom-Bewegung werden. Startschuß für die Kampagne war die Präsentation eines Gutachtens des Ökologie-Institutes über das Risiko der Anlage (siehe dazu auch unser Interview mit Peter Bossew). Seit einigen Tagen läuft auch eine Unterschriftenkampagne gegen den Bau, die sowohl an die tschechoslowakische wie auch an die österreichische Regierung gerichtet ist. Es gibt mehrere Ideen, um für den Kampf gegen grenznahe Atomanlagen geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen (etwa ein Koordinationsbüro, eine Anti-Atom-Zeitung u.ä.), die aber alle noch im Vorbereitungsstadium sind. Die Ideen, wie sich dieser Rahmen füllen ließe, werden noch gesammelt. Das große gemeinsame Nachdenken soll ab Dezember beginnen. Als Zeitpunkt einer massiven Temelin-Kampagne ist Mitte März bis Ende April geplant.

Hoffnung, daß es den Leuten irgendwann besser geht. Wieviel Energie sie dafür nach ihren Plänen brauchen würden, weiß ich nicht. Sicherlich nicht abwegig ist die Überlegung, daß sie zwecks Deviseneinnahmen den Strom exportieren wollen. Atomstrom ist ja Grundlaststrom, und der ist in vielen Ländern - wie auch in Österreich - eher knapp.

TATblatt: Aber angesichts der Dumpingpreise, mit denen z.B. Frankreich Atomstrom exportiert, ist doch kaum zu erwarten, daß die CSSR da konkurrenzfähig wäre?

Bossew: Nein, das glaube ich auch nicht. Es geht mehr um den Transit. Wenn dieses europäische Ver-

bundnetz über Österreich möglich wäre, dann gäbe es eine Art Energiepööl, wo dann jeder anzapft und wo auch immer ausreichend Grundlast zur Verfügung stünde. Oder mehr als ausreichend, eigentlich. In Österreich haben wir ja diese 380kV-Schiene, eine Ringleitung mit einem Ast nach West-Österreich, der natürlich an das internationale Verbundnetz angeschlossen ist. Für die CSSR natürlich eine gute Möglichkeit, ihren Strom als Transitstrom abzusetzen.

Einerseits ist es natürlich so im COMECON-Bereich, daß solange auf quantitatives Wirtschaftswachstum gesetzt wird, Strom sicher knapp sein wird. Andererseits brauchen sie für den gleichen Zweck West-technologie, und die kriegst du nur mit Devisen, und dazu ist ein unter Umständen zu Dumpingpreisen abgesetzter Strom allemal gut.

TATblatt: Was schätzt Du, inwiefern die CSSR wirklich abhängig von ihrem Atomprogramm ist? Momentan werden rund 70 bis 80% der elektrischen Energie durch Kohle erzeugt...

Bossew: ...und noch dazu durch Braunkohle hauptsächlich. Ich glaube, das Problem ist für die CSSR schon vorhanden. Das ist gar keine Frage, auch das Wasserkraftpotential ist geringer als in Österreich. Aber auf der anderen Seite, wenn man z.B. in die Satellitenstadt Petrzalka bei Bratislava fährt und sich anschaut, wie dort gebaut wird, dann ist es ganz klar, daß die eine bloß auf quantitatives Wachstum - sprich Verschwendung - ausgerichtete Energiepolitik haben. Und je mehr Strom zur Verfügung gestellt wird, umso weniger ist zu erwarten, daß sich das ändern wird.

Es gibt aus Kreisen der tschechoslowakischen Opposition Überlegungen, wieviele Temelins man dadurch einsparen könnte, daß man z.B. ordentliche Wärmeisolierungen

macht, Strom sinnvoll einsetzt etc. Also ähnlich wie im Westen, nur maßstabsvergrößert, weil bei uns die qualitative Energietechnik doch ein bißchen weiter fortgeschritten ist. Jedenfalls kann man davon ausgehen, daß man mit dem Investitionsaufwand, den so ein Atomkraftwerk erfordert, mehr Energie einsparen kann, als Temelin bringen würde.

TATblatt: Hältst Du in der CSSR eine zumindest qualitativ ähnliche Entwicklung wie in Ungarn oder Polen für möglich, daß sich eine breite Ökologiebewegung bildet und zumindest bis zu einem gewissen Grad als eine Art Ventil auch geduldet wird?

Bossew: Naja, eine Ökologiebewegung gibt es ohnehin, und die ist in dem Zustand, wie sie in Ungarn vor ein paar Jahren war. Es gibt geduldete Bereiche, wie die Akademie der Wissenschaften in Bratislava oder ökologische Gruppen, die sich bei Gabčíkovo engagieren, aber alle irgendwie systemkonform. Die Frage ist, ob das eine Massenbewegung wird, wie sie das vor allem in Ungarn ist.

TATblatt: Nun und, wird sie...?

Bossew: Ich glaube eigentlich schon. Sie trauen sich eh' viel, das hat man ja kürzlich beim Staatsfeiertag gesehen. Das sind vor allem die jüngeren Teile der Opposition, die mit der klassischen Opposition, etwa der Charta 77, gar nicht zu vergleichen sind.

Die Studie ist zu beziehen durch:
Ökologie-Institut, 1070 Wien,
Seidengasse 13
Tel. 93 61 05-0

*1) Peter Bossew, Antonia Wenisch:
Gefahrenpotential des Atomkomplexes Temelin, Juni 1988

*2) Nach eigenen Angaben machte Österreichs verstaatlichte Industrie durch Lieferungen von Atomlagenteilen in den letzten 5 Jahren etwa 2,5 Mrd. öS Umsatz.

Das tschechoslowakische Atomprogramm

Bis zum Jahr 2000 soll der Anteil der Atomkraft an der Erzeugung elektrischer Energie von derzeit knapp 15% auf über 50% gesteigert werden.

Nach offiziellen Angaben sieht der Ausbauplan mit Stand 1987 folgendermaßen aus:

Standort	Jahr der Inbetriebnahme	elektrische Leistung	Typ
in Betrieb:			
Jaslovské Bohunice	1978-1985	4x400 MW	4x WWER-440
Dukovany	1985-1987	4x400 MW	4x WWER-440
in Bau:			
Mohovce 1-4	1989-1992	4x400 MW	4x WWER-440
Temelin 1-4	1992-1998	4x1000 MW	4x WWER-1000
geplant:			
Kecеровce 1,2	1998-2000	2x1000 MW	2x WWER-1000
Opatovice 1,2	bis 2000	2x1000 MW	2x WWER-1000

Weitere in Betracht kommende Standorte:
Pocerady und Mnisek pod Brdy und Chlumec nad Cidlinou in Böhmen,
Blahutovice in Mähren.



Bauern & Bäuerinnen organisieren sich gegen Autobahnbau

(phönix)

Am 21. Oktober haben sich in Micheldorf (Oberösterreich) 23 LandwirtInnen zur "Arbeitsgemeinschaft Bauern für's Kremstal" zusammengeschlossen. Ihr erklärtes Ziel ist es, "keinen Grund und Boden für den Bau der Pyhrnautobahn (A9) zur Verfügung zu stellen" und gemeinsam gegen die Enteignungen zu kämpfen. 80 Prozent der betroffenen GrundbesitzerInnen auf der etwa 30 Kilometer langen Ausbaustrecke zwischen Schlierbach und St. Pankraz haben sich bereits der Arbeitsgemeinschaft angeschlossen. 200 Meter links und rechts von der Autobahn soll von landwirtschaftlicher Nutzung Abstand genommen werden, raten Fachleute aus der BRD. Ähnliche Diskussionen laufen auch in Österreich. "Was bleibt da von unseren Tälern übrig?" fragen die besorgten Bauern und Bäuerinnen in einer Presseaussendung.

Weihnachtsbeleuchtung wirft ihre Schatten voraus

(TATblatt/yß)

Wie jedes Jahr so auch heuer erwecken Geschäftsleute die sich an den protzig-verschwenderischen Weihnachtsbeleuchtungen in Geschäftsstraßen nicht beteiligen möchten, den Zorn ihrer andersgesinnten KollegInnen. Die Pro-Beleuchtungs-Front aber kündigt Widerstand an. Eine Brandmarkung der BeleuchtungsboykottiererInnen, etwa durch Schilder "Dieses Geschäft hat sich von der Weihnachtsbeleuchtung ausgeschlossen. Kauft nicht bei..." oder so ähnlich, ist jedoch nicht möglich. Für die Thaliastraße bahnt sich eine Zwischenlösung an: Aufkleber mit der Aufschrift "Dieses Geschäft hat sich von der Weihnachtsbeleuchtung nicht ausgeschlossen." (Quelle: Bezirksjournal Ottakring 10/88; Interview mit Kommerzialrat Kurt Sturm)

Ehemaliges Arbeitsamt besetzt

(TATblatt)

Am Morgen des 11. November besetzten die Leute der ehemaligen Hausgemeinschaft Agidi/Spalo das ehemalige Arbeitsamt Castelligasse im 5. Wiener Gemeindebezirk. Einer Aufforderung der Polizei, das Haus zu räumen, leisteten sie Folge. Eine Frau wurde - angeblich aufgrund eines Haftbefehls - festgenommen. Am Nachmittag gab es eine Demonstration vom WUK, in dem die Agidis&Spalos nach wie vor in einigen wenigen Zimmern zusammengepfercht wohnen, zum Rathaus.

Verbot der Spritzmittel auf den Philippinen

(phoenix/Frankfurter Rundschau/aw)

Die Regierung will nun "Das dreiköpfige Dutzend" der gefährlichsten Spritzmittel gesetzlich verbieten; diese sind in fast allen Industrieländern aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr auf den Markt, werden aber außerhalb Europas und Nordamerikas von den Chemiemultis beinahe überall ungehindert vertrieben.

Alarmierende Untersuchungsergebnisse über die gesunkene Lebenserwartung von jungen LandarbeiterInnen, regelmäßige Fälle von Vergiftungen bei den VerbraucherInnen und nicht zuletzt die enormen Aufwendungen an Devisen für Spritzmittelimporte dürften für diese Entscheidung verantwortlich sein.

Die Philippinen gehen dabei aber bei weitem nicht so weit wie Indonesien, das 1987 alle Pestizide, bis auf zehn, verbot.

VR China plant größten Staudamm der Welt

(the ecologisti/aw)

Bei den "Drei Schluchten" am Changjiang (Jangtsekiang) soll nach dem Willen der chinesischen Regierung ein Wasserkraftwerk entstehen, das nach offiziellen Angaben 300.000 - wahrscheinlich aber bis zu einer Million - Menschen aus ihrem Lebensraum vertreiben würde. Außerdem würden die Fischerei, Landwirtschaft und Rückzugsgebiete für seltene Tier- und Pflanzenarten vernichtet werden.

Bereits jetzt ist der Jangtsekiang durch industrielle Abwässer in seiner Gewässergüte schwer beeinträchtigt; trotzdem ist ein großer Teil des erzeugten Stromes für besonders energieintensive und umweltschädliche Industriezweige vorgesehen.

Die Finanzierung der geplanten Errichtungskosten von 4 Mrd. US-Dollar ist derzeit noch nicht geklärt; eine Beteiligung der Weltbank an der Planung (und vielleicht auch Errichtung) wird diskutiert. Die Vorstudien führte die Canadian International Development Agency (CIDA) durch. Obwohl noch keine dezidierte Entscheidung für das Projekt getroffen wurde, beginnen bereits Bauarbeiter, die nach der Fertigstellung des 40 km stromabwärts gelegenen Kraftwerks Gezhoube arbeitslos waren, mit den begleitenden Straßenarbeiten bei den "Drei Schluchten".

Infos:
Mr. Nayna Jhaveri
Hong Kong Environment Centre
HK GPO Box 167
Hong Kong

In der nächsten Nummer:
Schwerpunkt Spritzmittel in Südostasien.

KEIN IMPRESSUM NICHT

Die Redaktion des TATblatts ist erreichbar:
 *postalisch:
 Unabhängige Initiative
 Informationsvielfalt
 Postfach 282; 1050 Wien.
 *telefonisch:
 (0222) 54 23 07
 (Di 13-19 Uhr, Do 9-13 Uhr; an allen anderen Tagen sind wir nur gelegentlich erreichbar. Da es sich um ein Gemeinschaftstelefon handelt, kann uns entsprechenfalls etwas ausgerichtet werden)
 *mailbox (0222) 43 37 78 "phoenix-TATblatt"

Informationen wurden bezogen von:

phoenix-Pressagentur:
 1190 Wien, Langackergasse 29
 Telefon: (0222) 32 68 10 (Geschäftsführung); 32 76 73 (Redaktion); 32 48 565 (Sekretariat)
 Telefax: (0222) 32 68 56
 Mailbox: (0222) 43 37 78
 Telex: 7531 0220 phx a

APIA (Agencia Periodistica de Informacion Alternativa)
 Hauptsitz in Nicaragua; KorrespondentInnen in Mexico, Kolumbien, Peru, Chile und Brasilien
 Büro Wien:
 1060 Wien; Sandwirtgasse 11/2
 Telefon: (0222) 59 70 277
 Telex: 7531 1848 apia a

weilers:
Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit
 1010 Wien; Schottengasse 3a/1/4/59
 Telefon: (0222) 63 80 653
 (Mo-Fr 10-13 Uhr; ZD-Infos: Mo 18Uhr, Totalverweigerungs-Infos: j.1.Mo im Monat 18 Uhr)

Ökologie-Institut
 1070 Wien, Seidengasse 13
 Telefon: (0222) 93 61 05 0 Serie

ferner wurde zusammengearbeitet u.a. mit:

Infoladen Wien: 1050 Wien, Margareten Gürtel 122-124
 Telefon: (0222) 54 23 07

TATblatt-Verkaufsstellen:

EZA (Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt)
 1050 Wien, Obere Amtshausgasse 38

Rotstilzchen
 1050 Wien, Margaretenstraße 99
 (Mo-Fr 18-2 Uhr)

WUK-PortierIn
 1090 Wien, Währingerstraße 59

Buchhandlungen:

Brigitte Hermann
 1010 Wien, Grünangergasse 1
Buchwelt
 1090 Wien, Schwarzspanierstraße 15
Frauenzimmer
 1080 Wien, Lange Gasse 11.
Kolisch
 1010 Wien, Rathausstraße 18
Südwind
 1010 Wien, Kleeblattgasse 4
Winter
 1010 Wien, Landesgerichtsstraße 20

ferner:

Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit
 1010 Wien, Schottengasse 3a/1/59
 (Mo-Fr 10-13 Uhr)

die Verkaufsstellen sollen selbstverständlich mehr werden. Auch in den Bundesländern soll ein TATblatt-Verkaufsnetz entstehen. Obendrein suchen wir HandverkäuferInnen im ganzen Österreich. (Provision S3.- pro verkaufter Nummer; Infos (0222)542307 Di 13-19 Uhr, Do 9-13 Uhr)

und natürlich...
 erhalten alle, die einen TATblatt-Baustein kaufen (S70.-) ein halbes Jahr lang die TATblatt-Minusnummern zugeschiedt. Einzelexemplare sind gegen S8.- plus S5.- Porto bei uns bestellbar (bitte Briefmarken der Bestellung beilegen)

phoenix

pressagentur

Ideenbeirat: Univ. Doz. Dipl. Ing. Hans-Peter Aubauer, Physiker, Uni Wien • Dr. Klaus Bosselmann, Umweltjurist, Berlin • Prof. Dr. Robert Jungk, Zukunftsforscher, Salzburg • Prof. Dr. Armin Weiss, Chemiker, Uni München

Sind Sie politisch aktiv?
Arbeiten Sie in ökologisch orientierten Instituten?
Oder sind Sie in Bürgerinitiativen engagiert?

Dann wissen Sie, welche Bedeutung die Medien bei der Aufklärung der Bevölkerung haben, bzw. haben könnten. Hier hakt phoenix ein. Sie ist die Verbindung zwischen alternativem Wissen und einer breiteren Öffentlichkeit. Wir sammeln Presseaussendungen, Zeitschriften, Studien, Veranstaltungstermine und Aktionsberichte aus dem deutschen Sprachraum und bereiten sie mediengerecht auf. Wir senden diese Nachrichten täglich an JournalistInnen, Zeitungs- & Funk-Redaktionen und an politisch interessierte Institutionen. Nach Wunsch per Telex, Telefax, Post, Mailbox oder auf Diskette.

Und monatlich veröffentlicht phoenix presseagentur eine Sammlung aller im Vormonat verschickten Meldungen (für „Informanten“ gratis). Entstehen bei Ihnen Nachrichten, nach denen sich Medien die Finger abschlecken? Sind Sie selbst interessiert, laufend und aktuell informiert zu werden? Dann schicken Sie uns bitte eine Postkarte, ein Telex, Fax, einen Brief - oder rufen Sie kurz an. Wir senden Ihnen gerne näheres Informationsmaterial - über phoenix presseagentur, über die Möglichkeiten des Nachrichtenaustausches und unsere Abo-Gebühren.

phoenix presseagentur
 Frechinger & Glattau G.m.b.H
 Langackergasse 29 • A-1190 Wien
 Tel.: 0222/32-68-10, 32-48-565
 Fax: 0222/32-68-56 • Tlx: 75310220phxa • Mailbox: 0222/43-37-78

ferner wurde zusammengearbeitet u.a. mit:
Infoladen Wien: 1050 Wien, Margareten Gürtel 122-124
 Telefon: (0222) 54 23 07

AUF DEN KOPF GESTELLT...

Das TATblatt soll eine selbstverwaltete linke Zweitageszeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten werden, die allen daran Interessierten offen zur Verfügung steht. Die Verwirklichung dieses Projekts voranzutreiben ist eine der Aufgaben der TATblatt-Minus-Nummern, die vorerst alle vierzehn Tage erscheinen. Sie sollen uns helfen, eine eigene redaktionelle Linie zu entwickeln und die Beteiligung für alle daran Interessierten zu ermöglichen. Wir wollen dabei experimentieren, Erfahrungen sammeln, Vorstellungen revidieren, lernen... Es ist uns wichtig, die Entwicklung mittels der Minus-Nummern transparent zu machen, und zur Diskussion zu stellen. Soll die Zweitageszeitung, wie es unser Ziel ist, von einer breiten Basis politisch aktiver Gruppen und Leute getragen werden, müssen diese auch schon an der Entstehung der Zeitung beteiligt sein. Es wird regelmäßige offene Plena geben und viele Seiten für eure Meinung. Die TATblatt-Minusnummern enthalten:

- Aktuelles
- Reportagen
- Presserundschau
- und einen Teil um das Projekt selbst zu diskutieren: Konzepte, Ideen, Kritik usw

...und das alle vierzehn Tage. Der Countdown läuft von Minus 101 bis 0... ohne damit sagen zu wollen, daß es noch vier Jahre dauern wird, bis zur zweitäglichen Erscheinungsweise.

Schickt uns bitte massigst: Infos, Artikel, Kurzmeldungen, Diskussionsbeiträge, LeserInnenbriefe.

Unabhängige Initiative
Informationsvielfalt
Postfach 282
1050 Wien

PSK 7547-212

TATBLATT-BAUSTEINE

Wir wollen eine Zweitageszeitung machen. Um diese inhaltlich und redaktionell aufbauen zu können, gibt es nun alle 14 Tage die "TATblatt-Minus-Nummern". Doch mit Inhalten alleine läßt sich noch keine Zeitung machen. Es bedarf auch Geldes. Geldes um die nötigen Investitionen zu tätigen; Geldes auch um die, zur inhaltlichen Entwicklung notwendigen, "Minus-Nummern" produzieren zu können.

An Möglichkeiten, das TATblatt finanziell zu unterstützen mangelt es keineswegs:

1.) TATblatt-Bausteine

Ein Baustein kostet S 70.-. Wir finanzieren mit dem Geld die Produktion der "Minus-Nummern". Als Baustein-KäuferIn erhältst du ein halbes Jahr lang alle vierzehn Tage die TATblatt-Minusnummern zugeschickt.

2.) Subskriptionsabos für die Zweitageszeitung

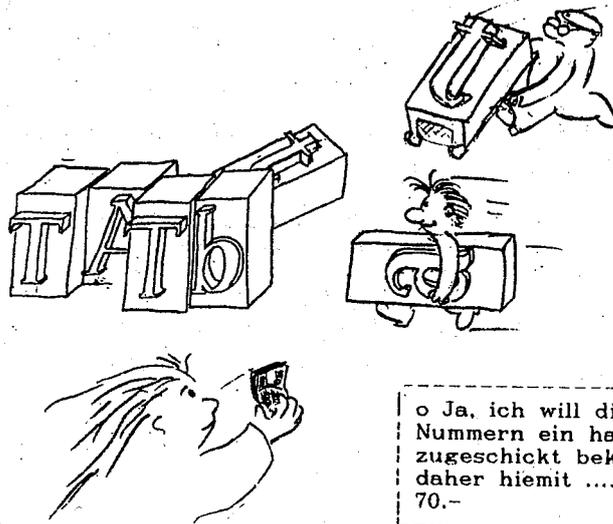
Mit Beginn der zweitäglichen Erscheinungsweise bekommst du das TATblatt drei mal wöchentlich zu-

geschickt. Wenn du das Abo bereits jetzt bezahlist, ermöglichst du uns, besser zu kalkulieren. Die Preise betragen:

250.- fürs Vierteljahr, 450.- fürs halbe Jahr und 850.- für ein ganzes Jahr.

3.) **Mitgliedschaft** in der "Unabhängigen Initiative Informationsvielfalt". Dieser Verein ist Herausgeber des TATblatts (Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu). Die Mitgliedsgebühr kostet im ersten Jahr 1000.-

4.) kleine und große **Spenden**



Ja, ich will die TATblatt-Minus-Nummern ein halbes Jahr lang zugeschickt bekommen und bestelle daher hiemit Baustein(e) à ÖS 70.-

Ich will nähere Informationen über die Mitgliedschaft in der U.I.I.

Ich will

bitte ausschneiden, auf Postkarte picken und uns schicken.

Impressum: Medieninhaberin: Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit; 1010 Wien, Schottengasse 3a/1/4/59

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

P.b.b.
Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1010

An